

Sozialraumanalyse Spremberg / Grodk

Abschlussbericht

Autorin: Katja Konrad

demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung

August 2026



Gefördert vom



im Rahmen des Handlungskonzeptes



© August 2026, Potsdam

demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung
in Trägerschaft von „Demokratie und Integration Brandenburg e. V.“

Geschäftsstelle:

Zum Jagenstein 1

14478 Potsdam

Tel.: 0331 / 740 6246

geschaeftsstelle@big-demos.de

www.gemeinwesenberatung-demos.de

Autorin: Katja Konrad

Im Auftrag der Stadt Spremberg/Grodz

Satz und Gestaltung: Katja Konrad

Titelbild: Foto: Mario Friedrich; grafische Nachbearbeitung unter Verwendung von KI

Inhalt

1. Einleitung: Auftrag und Fragestellungen	1
2. Methodisches Vorgehen.....	3
3. Erste Bilder von Spremberg/Grodtk – wie die Befragten die Stadt beschreiben	7
4. Lebensqualität und gesellschaftlicher Zusammenhalt	10
4.1 Alltag, Versorgung und räumliche Unterschiede	10
4.2 Öffentliche Räume und Gelegenheiten zur Begegnung.....	14
4.3 Zugehörigkeit, soziale Netze und Ausschlüsse.....	17
4.4 Vertrauen, kommunale Kommunikation und Beteiligungserfahrungen	22
4.5 Zukunftsvorstellungen, Strukturwandel und Umgang mit Veränderung	27
4.6 Abwertungen, Einschüchterung und der gesellschaftliche Umgang damit	31
5. Zivilgesellschaftliches Engagement: Potenziale, Bedingungen und Grenzen.....	37
5.1 Formen und Bedeutung zivilgesellschaftlichen Engagements	37
5.2 Zugänge und Motivation.....	39
5.3 Bedingungen und Grenzen.....	42
6. Handlungsfelder und Ansatzpunkte.....	46
6.1 Angebote, Informationen und Ansprechpartner leichter zugänglich machen	46
6.2 Öffentliche und gemeinschaftliche Räume aktivieren	47
6.3 Beteiligung und Vernetzung näher an den Alltag bringen	49
6.4 Engagement erleichtern und Verantwortung absichern	50
6.5 Zukunft konkret, nachvollziehbar und gemeinsam gestalten	51
7. Was lässt sich für Spremberg/Grodtk festhalten?	52
Literaturverzeichnis	55

1. Einleitung: Auftrag und Fragestellungen

Die Sozialraumanalyse Spremberg/Grodtk wurde im Herbst 2025 von der Stadt in Auftrag gegeben und durch demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung durchgeführt. Anlass waren zunächst die öffentlichen Auseinandersetzungen um rechtsextreme Vorfälle und Strukturen in der Stadt. Im Zuge der Auftragsklärung wurde jedoch bewusst vereinbart, die Untersuchung nicht auf dieses Themenfeld zu begrenzen. Ziel war vielmehr, einen breiteren Blick darauf zu richten, wie Menschen das Leben in Spremberg/Grodtk wahrnehmen, welche Bedarfe und Veränderungswünsche bestehen und unter welchen Bedingungen sie bereit sind, sich für ihre Stadt und ihr unmittelbares Lebensumfeld einzubringen.

Der Untersuchungsraum umfasst die Kernstadt Spremberg/Grodtk und ihre Ortsteile. Die Erhebung war von Beginn an qualitativ angelegt und sollte unterschiedliche Perspektiven aus Stadtgesellschaft, Zivilgesellschaft, Verwaltung, sozialen Einrichtungen und weiteren lokalen Zusammenhängen miteinander verbinden. Ergänzend wurden Beobachtungen im Sozialraum, die Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen sowie statistische und weitere verfügbare Materialien einbezogen. Als Ergebnis war ein öffentlich zugänglicher Bericht vorgesehen, der die zentralen Befunde zusammenführt und daraus konkrete Ansatzpunkte für die weitere Entwicklung Sprembergs/Grodks ableitet.

Die Sozialraumanalyse versteht sich dabei nicht als Bewertung einzelner Einrichtungen, Akteure oder politischer Entscheidungen. Im Mittelpunkt steht die Frage, welche übergreifenden Bedingungen das alltägliche Leben, gesellschaftlichen Zusammenhalt und Möglichkeiten zur Mitgestaltung in Spremberg/Grodtk prägen.

Zur Einordnung der qualitativen Befunde sind einige strukturelle Merkmale Sprembergs/Grodks besonders relevant. Ende 2025 lebten 21.625 Menschen im Stadtgebiet, davon 13.547 in der Kernstadt und 8.078, gut 37 Prozent in den 14 Ortsteilen. Das Stadtgebiet umfasst rund 202 km² und ist damit räumlich weit ausgedehnt. Anschaulich wird dies etwa am nordöstlich gelegenen Ortsteil Hornow/Lěšće, der rund 13 Kilometer von der Kernstadt entfernt liegt. Wer in einem solchen Ortsteil lebt, kann damit innerhalb derselben Kommune deutlich längere Wege zu Angeboten in der Kernstadt zurücklegen müssen. Die räumliche Struktur erklärt deshalb, weshalb Wohnort, Mobilität und Erreichbarkeit in der Sozialraumanalyse eine wichtige Rolle spielen.¹

Auch die demografische Entwicklung prägt mehrere der untersuchten Themen. Das Durchschnittsalter lag 2025 bei 49,8 Jahren, rund 30 Prozent der Bevölkerung waren 66 Jahre oder älter. Seit 2017 ist die Einwohnerzahl um etwa 5,6 Prozent zurückgegangen. Zwar zogen 2025 mehr Menschen nach Spremberg/Grodtk als fort; der positive

¹ Vgl. Stadt Spremberg/Grodtk 2025, S. 7–10

Wanderungssaldo von 50 Personen konnte den natürlichen Bevölkerungsrückgang von 242 Personen jedoch nur teilweise ausgleichen. Zugleich bleibt Spremberg/Grodtk ein stark industriell geprägter Arbeitsstandort: 2023 entfielen 51 Prozent der Beschäftigung auf den zweiten Wirtschaftssektor.² Damit bilden demografische Veränderungen und der wirtschaftliche Strukturwandel wichtige Rahmenbedingungen für Fragen nach Versorgung, gesellschaftlicher Teilhabe und den Zukunftsvorstellungen der Befragten.

Welche Fragen stehen im Mittelpunkt?

Für die Sozialraumanalyse wurden mit der Stadt zwei zentrale Leitfragen vereinbart:

Wie sind die Wahrnehmungen, Bedarfe und Wünsche hinsichtlich einer lebenswerten und aktiven Stadt Spremberg/Grodtk?

Wie stark ist die Bereitschaft der Bürger, sich zivilgesellschaftlich für eine lebenswerte und aktive Gemeinde zu engagieren?

Für die Auswertung wurden diese Fragen weiter konkretisiert. Im Mittelpunkt stehen drei Perspektiven:

1. Wie nehmen die Menschen Spremberg/Grodtk als Lebens-, Begegnungs- und Gestaltungsraum wahr?
2. Welche Bedingungen fördern oder behindern gesellschaftlichen Zusammenhalt und zivilgesellschaftliches Engagement?
3. Welche Bedarfe, Wünsche und konkreten Lösungsvorstellungen äußern die Befragten?

Eine „lebenswerte und aktive Stadt“ wird dabei nicht allein daran gemessen, wie viele Angebote, Veranstaltungen oder Vereinsmitgliedschaften vorhanden sind. Relevant ist ebenso, ob Menschen diese Möglichkeiten erreichen und nutzen können, ob Gelegenheiten zur Begegnung und gegenseitigen Unterstützung bestehen und ob Mitgestaltung als zugänglich und wirksam erlebt wird.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt wird entsprechend daran betrachtet, ob Menschen Zugehörigkeit und gegenseitige Unterstützung erfahren, ob Gelegenheiten zur Begegnung bestehen, wie mit Unterschieden und Konflikten umgegangen wird und ob Möglichkeiten zur Mitwirkung als zugänglich und wirksam erlebt werden.

Wie ist die Analyse zu lesen?

² Vgl. Bertelsmann Stiftung 2026, S. 5.

Die Sozialraumanalyse ist eine qualitative Untersuchung. Ihr Ziel ist nicht, repräsentativ abzubilden, wie viele Sprembergerinnen und Spremberger eine bestimmte Meinung vertreten. Sie untersucht vielmehr wiederkehrende Wahrnehmungen, Erfahrungen und Deutungsmuster und fragt danach, unter welchen Bedingungen Lebensqualität, gesellschaftlicher Zusammenhalt und zivilgesellschaftliche Mitwirkung gefördert oder erschwert werden.

Im Mittelpunkt stehen deshalb die Wahrnehmungen, Erfahrungen und Bewertungen der befragten Personen. Diese geben Aufschluss darüber, wie Lebensqualität, gesellschaftlicher Zusammenhalt und Beteiligungsmöglichkeiten in Spremberg/Grodtk erlebt werden. Sie sind nicht in jedem Fall mit objektiv überprüfbaren Gegebenheiten gleichzusetzen, prägen jedoch das Handeln, das Vertrauen und die Bereitschaft zur Mitgestaltung. Wo Aussagen überprüfbare Sachverhalte betreffen, wurden sie soweit möglich durch statistische Daten, kommunale Unterlagen und weitere Quellen eingeordnet.

Auch einzelne Zitate sind nicht als Beleg dafür zu verstehen, dass „die Sprembergerinnen und Spremberger“ insgesamt eine bestimmte Haltung teilen. Sie veranschaulichen Befunde, die sich aus dem Vergleich verschiedener Gespräche und weiterer Materialien ergeben. Dabei wurden auch widersprechende Wahrnehmungen berücksichtigt. Gerade unterschiedliche Erfahrungen innerhalb derselben Stadt sind selbst ein relevantes Ergebnis der Analyse.

Besondere Sorgfalt gilt politisch sensiblen Themen. Wahlentscheidungen, alltägliche abwertende Haltungen, rechtsextreme Vorfälle und organisierte extremistische Strukturen werden nicht gleichgesetzt. Ebenso wird aus einzelnen Erfahrungen nicht auf die gesamte Stadt oder einzelne Ortsteile geschlossen. Entscheidend ist vielmehr, welche unterschiedlichen Wahrnehmungs- und Erfahrungsräume sichtbar werden und welche Folgen diese für Zugehörigkeit, Vertrauen und Beteiligung haben.

Die Zusammensetzung der Befragten setzt der Analyse zugleich Grenzen. Besonders engagierte und institutionell angebundene Personen sind überdurchschnittlich vertreten. Aussagen darüber, wie groß beispielsweise die Engagementbereitschaft in der Gesamtbevölkerung ist, sind daher nicht möglich. Gut untersuchen lässt sich dagegen, welche Bedingungen Engagement fördern, erschweren oder dauerhaft tragfähig machen.

2. Methodisches Vorgehen

Wie wurde der Sozialraum untersucht?

Die Erhebung fand von Oktober 2025 bis Mitte Juli 2026 statt. Im Zentrum standen 41 leitfadengestützte Interviews mit insgesamt 46 Personen. Zusammen umfassen die

aufgezeichneten Gespräche knapp 63 Stunden. Die Interviews dauerten zwischen etwa einer halben Stunde und knapp vier Stunden.

Von den 41 Interviewkonstellationen entfielen 21 auf die Kernstadt und 16 auf Ortsteile. Vier Gespräche wurden mit Personen geführt, die außerhalb Sprembergs/Grodks wohnen, durch ihre berufliche Tätigkeit, frühere Arbeit oder andere enge Bezüge jedoch über vertiefte Kenntnisse des Sozialraums verfügen.

Die Gesprächspartnerinnen und -partner wurden über unterschiedliche Wege erreicht. Dazu gehörten die gezielte Ansprache von Personen aufgrund ihrer beruflichen oder gesellschaftlichen Rolle, Empfehlungen aus bereits geführten Gesprächen, Kontakte im Feld sowie Personen, die sich selbst aufgrund des Aufrufs für ein Gespräch meldeten. Befragt wurden damit sowohl Einwohnende als auch Personen aus Vereinen und Initiativen, sozialen und kulturellen Einrichtungen, Verwaltung und Kommunalpolitik, Wirtschaft, Kirchen sowie weiteren lokalen Zusammenhängen. Viele Befragte verbinden berufliche, ehrenamtliche und persönliche Erfahrungen mit der Stadt und sind daher als Expertinnen und Experten von und für Spremberg/Grodtk zu verstehen.

Die Interviews folgten einem Leitfaden, der zentrale Themenbereiche absicherte, gleichzeitig aber bewusst Raum für eigene Schwerpunktsetzungen ließ. Damit wurde dem Grundprinzip leitfadengestützter qualitativer Interviews gefolgt, so offen wie möglich und zugleich so strukturiert wie für die Fragestellung notwendig vorzugehen.³ Die Gespräche sollten sich möglichst natürlich entwickeln. Dadurch wurden nicht ausschließlich vorab festgelegte Themen abgefragt, sondern die Befragten konnten selbst benennen, was sie für ihr Leben in Spremberg/Grodtk als bedeutsam ansehen.

Ergänzend wurden mehrere Fach- und Hintergrundgespräche geführt, unter anderem mit früher in Spremberg/Grodtk tätigen Fachkräften der Gemeinwesenberatung, Akteuren paralleler Analyse- und Dialogprozesse, Vertretern eines kommunalen Unternehmens sowie Fachkräften eines Modellprojekts in einem Ortsteil. Diese Gespräche dienten insbesondere dazu, Beobachtungen und Interviewaussagen fachlich und zeitlich einzuordnen. Sie werden nicht zu den 41 Interviews gezählt.

Ein zweiter Zugang bestand in Sozialraumbegehungen und teilnehmender Beobachtung. Dazu gehörten unter anderem Begehungen der Innenstadt, von Wohn- und Grünbereichen, Kleingartenanlagen und Ortsteilen, wiederholte Besuche des Wochenmarktes sowie Besichtigungen sozialer und kultureller Einrichtungen. Hinzu kamen unterschiedliche öffentliche Veranstaltungen und Begegnungsformate, darunter Demokratiekonferenz, Weihnachtsmarkt, Neujahrsempfang, Frühlingsfest, Veranstaltungen in der Volkssolidarität, ein internationales Frauenfrühstück, der Handwerkermarkt in Schwarze Pumpe/Carna Plumpa sowie Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung. Bei den meisten dieser Termine entstanden informelle

³ Vgl. Helfferich 2022, S. 875–879.

Gespräche. Diese wurden nicht als Interviews gezählt oder systematisch ausgewertet, soweit sie in Feldnotizen dokumentiert wurden, dienten sie jedoch zur Einordnung der Interviewbefunde.

Statistische Daten, kommunale Unterlagen und weitere Informationen zum Sozialraum ergänzten die Erhebung. Sie dienten bereits bei der Entwicklung der Leitfäden dazu, einen Überblick über demografische und sozioökonomische Entwicklungen, kommunale Strukturen und vorhandene Angebote zu gewinnen, und wurden später zur Einordnung einzelner Befunde genutzt. Lokale klassische und soziale Medien wurden begleitend gesichtet; eine eigenständige systematische Medienanalyse war jedoch nicht Bestandteil der Untersuchung.

Auswertung der Materialien

Alle 41 Interviews wurden aufgezeichnet und vollständig transkribiert. Die Auswertung erfolgte anschließend mit der Software MAXQDA.

Die Auswertung orientierte sich an den Prinzipien einer inhaltlich strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse. Dafür wurde im Analyseprozess ein Codesystem entwickelt, das sowohl die Fragestellungen des Auftrags als auch wiederkehrende Themen aus dem Material aufgriff. Damit wurden Kategorien sowohl aus den vorab formulierten Untersuchungsfragen als auch schrittweise aus dem Interviewmaterial entwickelt.⁴

Dazu gehörten beispielsweise Alltag und Infrastruktur, Zugehörigkeit, Engagement, Kommunikation und Beteiligung, gesellschaftliche Konflikte, Ortsteile sowie Zukunfts- und Veränderungsvorstellungen. Das Codesystem diente der systematischen Ordnung des umfangreichen Materials; allein die Häufigkeit einer Codierung wurde dabei nicht als Beleg für die Bedeutung eines Themas verstanden. Auch Gegenpositionen, die Breite der beteiligten Perspektiven und der jeweilige Gesprächskontext wurden berücksichtigt.

Die Interviews wurden zunächst einzeln ausgewertet und anschließend themenübergreifend miteinander verglichen. Im Mittelpunkt standen wiederkehrende Muster, Unterschiede zwischen Perspektiven und Situationen, in denen ähnliche Themen unterschiedlich erlebt oder bewertet wurden. Daraus wurden schrittweise übergreifende Befunde entwickelt.

Interviewmaterial, Feldbeobachtungen, Hintergrundgespräche und Sekundärdaten erfüllten dabei unterschiedliche Funktionen. Die Interviews bilden die wichtigste Grundlage für die Wahrnehmungs- und Deutungsmuster. Beobachtungen ergänzen diese um Eindrücke aus konkreten Situationen und Orten. Statistische und

⁴ Vgl. Kuckartz/Rädiker 2022, S. 129–141.

dokumentarische Quellen helfen insbesondere dabei, überprüfbare Rahmenbedingungen von subjektiven Einschätzungen zu unterscheiden.

Die Sozialraumanalyse erhebt keinen Anspruch auf statistische Repräsentativität. Die Auswahl der Befragten erfolgte qualitativ und orientierte sich daran, unterschiedliche Perspektiven und relevante Kontraste im Sozialraum sichtbar zu machen. Bei qualitativen Untersuchungen steht entsprechend nicht die proportionale Abbildung einer Grundgesamtheit im Vordergrund, sondern die gezielte Auswahl und der Vergleich unterschiedlicher Fälle und Perspektiven.⁵ Die Stichprobe bildet die Zusammensetzung der Spremberger Bevölkerung deshalb nicht proportional ab.

Dies gilt besonders für das Thema Engagement. Viele Befragte sind selbst in Vereinen, Initiativen, Ehrenämtern, kommunalen Gremien oder beruflich in Bereichen tätig, die eng mit dem gesellschaftlichen Leben der Stadt verbunden sind. Diese Zusammensetzung ermöglicht einen besonders guten Einblick in Funktionsweisen, Ressourcen und Schwierigkeiten lokaler Strukturen. Sie erlaubt jedoch keine Aussage darüber, welcher Anteil der Gesamtbevölkerung tatsächlich engagiert oder zu Engagement bereit ist.

Auch ältere Altersgruppen sind im Sample deutlich vertreten, während jüngere Erwachsene in geringerem Umfang erreicht wurden. Dies steht teilweise im Zusammenhang mit der demografischen Struktur Sprembergs – das Durchschnittsalter der Stadt lag 2025 bei 49,8 Jahren⁶ –, die Stichprobe bildet die Altersverteilung dennoch nicht proportional ab.

Jugendliche selbst sind nicht Bestandteil des Interviewsamples. Parallel zur Sozialraumanalyse wurde jedoch eine Situations- und Ressourcenanalyse durchgeführt, in der Jugendliche unmittelbar und beteiligungsorientiert einbezogen wurden. Auf eine parallele eigene Jugendbefragung wurde daher verzichtet. Jugendliche Perspektiven finden in diesem Bericht vor allem mittelbar über Eltern, Schulen, Jugend- und Sozialarbeit sowie andere Personen Eingang, die beruflich oder persönlich mit jungen Menschen in Kontakt stehen. Aussagen über die Wahrnehmungen Jugendlicher selbst sind entsprechend zurückhaltend zu interpretieren.

Auch die Sozialraumbegehungen stellen keine systematischen Beobachtungen sämtlicher Orte zu unterschiedlichen Tages- und Wochenzeiten dar. Ein wenig genutzter Platz an einem bestimmten Vormittag erlaubt beispielsweise keine Aussage darüber, dass dieser Ort grundsätzlich kaum genutzt wird. Beobachtungen werden deshalb als ergänzende Momentaufnahmen herangezogen und dort stärker gewichtet, wo sie mit anderen Materialien zusammenpassen.

⁵ Vgl. Przyborski/Wohlrab-Sahr 2022, S. 132–134.

⁶ Vgl. Stadt Spremberg/Grodtk 2025, S. 9.

Die Anonymisierung der Befragten besitzt aufgrund der Größe des Sozialraums und teilweise sehr spezifischer Funktionen besondere Bedeutung. Die Interviews werden im Bericht grundsätzlich über Personennummern gekennzeichnet. Informationen zu Beruf, Wohnort, Engagement oder biografischem Hintergrund werden nur so weit genannt, wie sie für das Verständnis eines Befundes erforderlich sind und keine unnötige Identifizierung ermöglichen. Gerade bei seltenen Funktionen oder besonders markanten Ereignissen werden Angaben deshalb teilweise verallgemeinert. Bereits bei der Auftragsklärung wurde die besondere Bedeutung des Schutzes der Gesprächspartnerinnen und -partner ausdrücklich festgehalten.

Die genannten Grenzen bestimmen den Aussagebereich der Untersuchung: Die Analyse zeigt nicht, wie viele Menschen in Spremberg/Grodtk eine bestimmte Haltung teilen. Sie zeigt, welche Wahrnehmungen und Erfahrungen vorkommen, welche Muster sich über unterschiedliche Gespräche hinweg wiederholen, wo Gegenpositionen bestehen und welche Bedingungen das Leben und die Möglichkeiten zur Mitgestaltung in der Stadt prägen.

3. Erste Bilder von Spremberg/Grodtk – wie die Befragten die Stadt beschreiben

Zu Beginn der Interviews wurde nach Möglichkeit danach gefragt, wie Spremberg/Grodtk einer Person beschrieben werden würde, die die Stadt nicht kennt: Was ist typisch, was fällt zuerst ein? Nicht in allen Gesprächen konnte diese Frage in gleicher Weise gestellt werden, und nicht alle Befragten nannten mehrere Aspekte. Für 21 Gespräche liegen erste Beschreibungen vor, in 19 Fällen weitere und in zwölf Fällen noch dritte Aspekte. Die Reihenfolge ist daher nicht als Rangfolge zu verstehen, sondern zeigt, welche Bilder zunächst aufgerufen und welche im weiteren Erzählen ergänzt wurden.

Gerade weil die Gespräche später vielfach Probleme, Konflikte und Veränderungsbedarfe behandeln, ist dieser erste Eindruck aufschlussreich: Er zeigt das Grundbild, von dem aus die Befragten auf ihre Stadt blicken.

Was prägt das erste Bild von Spremberg/Grodtk?

Die ersten Beschreibungen fallen überwiegend positiv oder neutral aus. Defizite stehen nur selten am Anfang. Wiederkehrend sind vor allem drei Motive: die überschaubare und vertraute Kleinstadt, die Lage an der Spree und im Grünen sowie Stadtzentrum, Geschichte und gemeinschaftliches Leben.

Mit der Beschreibung als Kleinstadt verbinden die Befragten weniger die Einwohnerzahl als bestimmte Qualitäten des Alltags: kurze Wege, persönliche Bekanntheit und

Vertrautheit. Eine Person beschreibt Spremberg/Grodtk als „familiär“ und verbindet dies ausdrücklich mit dem „Kleinstadtfeeling“:

*„Egal wo man hingehet [...] man kennt irgendwie die Leute [...] und das mag ich ja gerade so.“
(Person 2)*

Andere sprechen von einer „typischen“ oder „idyllischen Kleinstadt“. Die Kleinräumigkeit erscheint damit zunächst als Stärke, auch wenn sich aus den dichten persönlichen Beziehungen, wie später gezeigt wird, zugleich Zugangshürden ergeben können.

Ebenso prägend ist die landschaftliche Einbettung. Spree, viel Grün, Seen und die schnelle Erreichbarkeit von Natur werden mehrfach spontan genannt. Zur räumlichen Identität gehören dabei nicht nur Altstadt, Marktplatz und Lange Straße, sondern ebenso die ländlich geprägten Ortsteile. Eine Person beschreibt Spremberg/Grodtk entsprechend als Mischung „zwischen Kleinstadt und ländlichem Raum“ (Person 29).

Ein drittes Motiv sind Stadtzentrum, Kultur und gemeinschaftliche Aktivitäten. Märkte, Feste und historische Bezüge werden positiv erinnert. Eine Befragte verbindet ihren ersten Eindruck vom Töpfermarkt in der Innenstadt mit „total buntem Leben“ und „ganz tollen Begegnungen“ (Person 3). Auch die industrielle Geschichte erscheint dabei nicht ausschließlich als Belastung, sondern teilweise als Bestandteil regionaler Identität und Entwicklung.

Auf den ersten Blick entsteht damit das Bild einer überschaubaren, grünen und vertrauten Kleinstadt, deren Attraktivität wesentlich aus der Verbindung von persönlicher Nähe, Landschaft, Stadtkern und gemeinschaftlichem Leben entsteht.

Was wird auf den zweiten Blick wichtig?

Im weiteren Erzählen wird dieses positive Grundbild differenzierter, ohne grundsätzlich zurückgenommen zu werden. Nun treten konkrete Einschränkungen und Veränderungsbedarfe stärker hervor.

Besonders sichtbar wird dies bei Mobilität und Erreichbarkeit. Eine befragte Person beschreibt Spremberg/Grodtk zunächst als typische Kleinstadt, verweist dann aber auf die große räumliche Ausdehnung:

*„Man kommt nicht so gut von A nach B [...] man braucht schon zwei Autos, wenn man jetzt als vierköpfige Familie in einem Ortsteil wohnt.“
(Person 1)*

Damit zeigt sich bereits eine Linie, die sich durch die weitere Analyse zieht: Lebensqualität hängt innerhalb des Stadtgebietes stark davon ab, wo jemand lebt und welche Möglichkeiten zur Mobilität bestehen.

Weitere Ergänzungen betreffen Freizeit-, Kultur- und Begegnungsmöglichkeiten für einzelne Altersgruppen sowie den Rückgang dauerhaft getragenen Engagements. Daneben wird in einigen Gesprächen eine gewisse Beharrung oder negative Grundstimmung beschrieben.

Besonders anschaulich ist das Bild eines „verschlafenen Städtchens [...], was jetzt gerne aus seinem Dornröschenschlaf geweckt werden möchte“ (Person 38). Gemeint ist damit jedoch keine grundsätzliche Ablehnung Sprembergs. Dieselbe Person sieht neue Perspektiven und Menschen, die etwas „anpacken wollen“. Das Bild beschreibt vielmehr die Spannung zwischen vorhandenen Qualitäten und dem Wunsch nach Bewegung.

Das anfänglich positive Bild schlägt somit nicht in eine Defiziterzählung um. Vielmehr treten beide Seiten nebeneinander. Gute Voraussetzungen und konkrete Lücken, vertraute Strukturen und Veränderungsbedarf, Verbundenheit und Frustration.

Wie passen Verbundenheit und Kritik zusammen?

Für die weitere Analyse ist gerade dieses Nebeneinander wichtig. Kritik an Spremberg/Grodtk steht in den Interviews häufig nicht im Gegensatz zur Verbundenheit mit der Stadt, sondern entsteht gerade aus ihr.

Eine befragte Person formuliert:

*„Also ich finde erstmal Spremberg grundsätzlich sehr schön.“
(Person 19)*

Ihre spätere Kritik richtet sich entsprechend nicht gegen Spremberg/Grodtk als Lebensort, sondern auf Entwicklungen, die vorhandene Qualitäten gefährden oder bislang ungenutzte Möglichkeiten betreffen. Dieses Muster findet sich auch in anderen Interviews. Ein positives Bild der Stadt kann gleichzeitig mit Kritik an Infrastruktur, Begegnungsmöglichkeiten, Kommunikation oder Stadtentwicklung bestehen.

Ähnliches zeigt sich in den Ortsteilen. Natur, Ruhe und gemeinschaftliche Strukturen werden geschätzt, während Mobilität, Versorgung oder kommunale Anbindung zugleich als problematisch erlebt werden.

Die ersten Beschreibungen machen damit eine wichtige Ausgangslage der Sozialraumanalyse sichtbar. Viele Befragte beurteilen Spremberg/Grodtk nicht aus grundsätzlicher Distanz, sondern als vertrauten und vielfach lebenswerten Ort, an dessen Zukunft Erwartungen geknüpft werden. Kritik richtet sich häufig darauf, wie vorhandene Stärken erhalten, zugänglicher gemacht und weiterentwickelt werden können.

Diese Verbindung von Verbundenheit und Veränderungswunsch bildet den Ausgangspunkt für die folgenden Kapitel.

4. Lebensqualität und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Die ersten Beschreibungen Sprembergs zeigen eine überwiegend vorhandene Verbundenheit mit der Stadt, zugleich aber auch konkrete Veränderungswünsche. Das folgende Kapitel geht diesen Wahrnehmungen vertiefend nach. Im Mittelpunkt steht die Frage, welche Bedingungen das alltägliche Leben und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Spremberg/Grodtk fördern oder erschweren.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt wird dabei daran betrachtet, ob Menschen Zugehörigkeit und gegenseitige Unterstützung erfahren, ob Gelegenheiten zur Begegnung bestehen, wie mit Unterschieden und Konflikten umgegangen wird und ob Möglichkeiten zur Mitwirkung als zugänglich und wirksam erlebt werden. Die einzelnen Themen sind dabei eng miteinander verbunden: Versorgung und Mobilität beeinflussen beispielsweise, wer an Begegnung und gesellschaftlichem Leben teilnehmen kann; persönliche Netzwerke erleichtern Zugänge, können aber zugleich Ausschlüsse erzeugen; Vertrauen und Beteiligung hängen wiederum davon ab, wie Kommunikation und Veränderungsprozesse erlebt werden.

4.1 Alltag, Versorgung und räumliche Unterschiede

Die alltägliche Lebensqualität in Spremberg/Grodtk wird von vielen Befragten grundsätzlich positiv beschrieben. Einkaufsmöglichkeiten, Schulen und Kitas, soziale Einrichtungen, Kultur- und Freizeitangebote sowie verschiedene Dienstleistungen sind vorhanden und für einen großen Teil der Bevölkerung gut nutzbar. Gleichzeitig treten einige konkrete Versorgungslücken deutlich hervor. Besonders häufig genannt werden die medizinische Grundversorgung und die Mobilität, daneben die Nahversorgung einzelner Ortsteile sowie erreichbare Angebote für Jugendliche.

Entscheidend ist dabei nicht allein, ob ein Angebot im Stadtgebiet vorhanden ist. Gerade zwischen Kernstadt und Ortsteilen zeigt sich, dass räumliche Nähe und tatsächliche Erreichbarkeit auseinanderfallen können. Alter, Mobilität, familiäre Situation und das Vorhandensein eines Autos prägen wesentlich, wie gut die vorhandene Infrastruktur im Alltag funktioniert.

Was funktioniert im Alltag und wo entstehen konkrete Lücken?

Insgesamt ergibt sich aus den Interviews kein Bild einer grundsätzlich schlecht ausgestatteten Stadt. Auch in den Ortsteilen werden Einschränkungen häufig pragmatisch aufgefangen. Mobile Verkaufsangebote, Gärten, Fahrgemeinschaften oder gegenseitige Hilfe erleichtern dort den Alltag.

Besonders deutlich wird jedoch die angespannte medizinische Versorgung. Mehrere Befragte berichten von Schwierigkeiten, einen Haus- oder Facharzt zu finden. Eine Person formuliert:

*„Ich habe selber momentan keinen Hausarzt. Also das ist gerade richtig gravierend.“
(Person 36)*

Auch Rückkehrende und Zugezogene stoßen auf dieses Problem. Eine mit Rückkehrenden befasste Person berichtet, regelmäßig nach freien Hausarztplätzen gefragt zu werden, selbst aber kaum weiterhelfen zu können. Medizinische Grundversorgung wird damit auch zu einem Standortfaktor.

Die Wahrnehmungen aus den Interviews lassen sich in diesem Fall auch mit der aktuellen Bedarfsplanung abgleichen: Die Kassenärztliche Vereinigung Brandenburg zählt den Mittelbereich Spremberg/Grodtk im Juli 2026 zu den Regionen, in denen aufgrund einer vom Landesausschuss festgestellten drohenden Unterversorgung Zulassungen beziehungsweise Anstellungen von Hausärzten gezielt gefördert werden.⁷ Damit geht der Befund über eine ausschließlich subjektive Wahrnehmung der Befragten hinaus.

Auffällig ist zugleich die Gleichzeitigkeit von Spezialisierung und wahrgenommenen Lücken in der Grundversorgung. Auch das Krankenhaus wird entsprechend ambivalent bewertet: Während spezialisierte Bereiche ausgebaut werden, erleben einzelne Befragte die alltägliche medizinische Versorgung weiterhin als unzureichend.

Wann ist Versorgung tatsächlich erreichbar?

Besonders sichtbar werden räumliche Unterschiede bei der Mobilität. Ein Angebot kann geografisch nah liegen und im Alltag dennoch schwer erreichbar sein.

Eine Person aus einem Ortsteil beschreibt dies am Beispiel des benachbarten sächsischen Schleife:

*„Hier gibt es keinen Bus, der nach Schleife fährt. [...] Zwei Kilometer bist du da drüben.“
(Person 32)*

Dort befinden sich Einkaufsmöglichkeiten und Dienstleistungen, die räumlich näher liegen können als Angebote innerhalb Sprembergs. Die Person zieht daraus die Forderung:

*„Da darf man nicht Ländergrenzen als ÖPNV-Grenzen haben.“
(Person 32)*

Das Beispiel zeigt, dass alltägliche Wege nicht zwingend Verwaltungsgrenzen folgen. Auch innerhalb Sprembergs wirkt sich die Verkehrsanbindung sehr unterschiedlich aus.

⁷ Vgl. KVBB 2026, S. 34.

Jugendliche aus Ortsteilen sind beispielsweise wesentlich stärker auf Busverbindungen oder elterliche Fahrdienste angewiesen als Jugendliche der Kernstadt:

„Wir mussten halt immer mit Bus fahren, während die Städter [...] mit dem Fahrrad in die Schule gekommen [sind].“
(Person 36)

Diese Verbindung von Daseinsvorsorge und Mobilität wird auch in Untersuchungen ländlicher Räume hervorgehoben. Größere Entfernungen gehören dort häufig zum Alltag; insbesondere für Menschen ohne Zugang zu einem eigenen Pkw kann ein eingeschränktes ÖPNV-Angebot den Zugang zu Einkauf, medizinischer Versorgung und sozialer Teilhabe erschweren.⁸

Alternative Angebote wie Rufbusse können diese Situation ergänzen, sind aber nicht für alle selbstverständlich. Eine ältere Person beschreibt:

„Ist für mich jetzt erstmal noch keine Option, solange ich noch Auto fahren kann.“
(Person 24)

Auch Bekanntheit, Gewohnheiten und die einfache Nutzbarkeit eines Angebots entscheiden somit darüber, ob es im Alltag tatsächlich eine Alternative darstellt.

Wie verändern Alter und Lebensphase die Anforderungen?

Welche Infrastruktur als ausreichend erlebt wird, hängt stark von der eigenen Lebenssituation ab. Eine Entfernung, die für eine mobile Person mit Auto problemlos zu bewältigen ist, kann für ältere Menschen ohne Auto oder Jugendliche eine erhebliche Einschränkung darstellen.

Dies zeigt sich auch beim Wohnen. Einerseits leben weiterhin hochbetagte Menschen in Wohnungen, die nur eingeschränkt altersgerecht sind. Andererseits nehmen Befragte positive Anpassungen wahr, etwa den zunehmenden Einbau von Fahrstühlen oder Umzüge älterer Menschen aus Einfamilienhäusern in passendere Wohnungen.

Familien und Jugendliche haben wiederum andere Anforderungen. Schulen und Kitas werden nicht grundsätzlich als fehlend beschrieben. Wichtiger sind Fragen der Erreichbarkeit und der Verbindung mit weiteren Bildungs-, Kultur- und Freizeitangeboten. Gerade bei Jugendlichen können vorhandene Angebote durch ungünstige Busverbindungen, Öffnungszeiten oder fehlende selbstbestimmte Räume praktisch an Wert verlieren.

Die Infrastruktur einer Stadt lässt sich deshalb nicht für alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen bewerten. Entscheidend ist, wie gut Angebote zu unterschiedlichen Lebensphasen und Alltagswegen passen.

⁸ Vgl. Pollermann et al. 2020, S. 95–96.

Was können lokale Netze auffangen?

Infrastrukturelle Nachteile werden in Spremberg/Grodtk teilweise durch soziale Ressourcen abgefedert. Familien übernehmen Fahrdienste, Nachbarn unterstützen ältere Menschen, mobile Händler ergänzen die Nahversorgung, Vereine und soziale Einrichtungen vermitteln Kontakte oder praktische Hilfe.

Gerade in einzelnen Ortsteilen ist diese Selbstorganisation eine wichtige Ressource. Sie hat jedoch Grenzen. Informelle Hilfe setzt Beziehungen und verfügbare Personen voraus. Nachbarschaftshilfe kann jemanden zu einem Arzt fahren, aber keinen fehlenden Arzt ersetzen; ein Verkaufswagen kann Versorgung ergänzen, bleibt jedoch von Nachfrage und Wirtschaftlichkeit abhängig.

Diese Grenze wird auch in Untersuchungen zur Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen betont. Bürgerschaftliches Engagement kann demnach Versorgung sinnvoll ergänzen, sollte sie jedoch nicht ersetzen und benötigt seinerseits verlässliche hauptamtliche Unterstützung.⁹ Zugleich zeigen solche Untersuchungen, dass sich Problemlagen ländlicher Regionen erheblich unterscheiden können und „ländlich“ für sich genommen keine ausreichende Erklärung für Versorgungsdefizite ist.

Auch der Wunsch nach einem Dorfladen zeigt diese Spannung. Solche Angebote werden teilweise vermisst, müssen sich aber zugleich unter Bedingungen geringer Bevölkerungszahlen, hoher Mobilität und veränderten Einkaufsverhaltens wirtschaftlich tragen. Nicht jede Versorgungslücke ist deshalb unmittelbar kommunal lösbar.

Insgesamt wird die Lebensqualität in Spremberg/Grodtk weniger durch einen generellen Mangel an Infrastruktur als durch konkrete Lücken und unterschiedliche Möglichkeiten geprägt, vorhandene Angebote tatsächlich zu nutzen.

Besonders deutlich treten medizinische Grundversorgung und Mobilität hervor. Gleichzeitig erleichtern lokale Nahversorgung, soziale Einrichtungen, gegenseitige Hilfe und pragmatische Lösungen vielerorts den Alltag.

Die entscheidende Frage ist deshalb nicht allein: Was gibt es in Spremberg? Sondern ebenso: Wer kann es unter welchen Bedingungen tatsächlich erreichen und nutzen?

Gerade für die Ortsteile macht diese Perspektive einen wichtigen Unterschied. Versorgung sollte nicht ausschließlich anhand vorhandener Einrichtungen bewertet werden, sondern auch anhand der tatsächlichen Alltagswege der Menschen. Starke soziale Netze können dabei Nachteile abfedern. Sie machen verlässliche öffentliche Daseinsvorsorge jedoch nicht entbehrlich.

⁹ Vgl. Küpper/Mettenberger 2020, S. 24.

4.2 Öffentliche Räume und Gelegenheiten zur Begegnung

Spremberg/Grodtk verfügt über zahlreiche Orte und Gelegenheiten, an denen Menschen zusammenkommen können: Märkte und Feste, Vereine und Feuerwehren, Kultur- und Bildungseinrichtungen, gastronomische Angebote sowie Parks, Grünflächen und Orte an der Spree. Die Interviews zeigen jedoch, dass das bloße Vorhandensein eines Ortes noch wenig darüber aussagt, ob dort tatsächlich Begegnung entsteht. Entscheidend ist vielmehr, ob es einen Anlass gibt, einen Ort aufzusuchen, ob Menschen sich dort wohl und willkommen fühlen und ob sich eine regelmäßige Nutzung entwickeln kann. Auch Untersuchungen zu öffentlichen Räumen weisen darauf hin, dass deren soziale Bedeutung wesentlich mit tatsächlicher Nutzung, Wahrnehmung und den jeweiligen räumlichen und sozialen Bedingungen zusammenhängt.¹⁰

Die Feldbeobachtungen ergänzen dieses Bild als punktuelle Eindrücke. Da sie überwiegend an Werktagen und nicht systematisch zu unterschiedlichen Tages- und Wochenzeiten stattfanden, werden sie nicht als allgemeine Aussagen über die Nutzung einzelner Orte verstanden.

Wo begegnen sich Menschen in Spremberg/Grodtk tatsächlich?

Besonders deutlich entsteht Begegnung dort, wo konkrete und wiederkehrende Anlässe bestehen. Märkte, Stadt- und Dorffeste, Vereinsaktivitäten, Sportangebote und kulturelle Veranstaltungen werden vielfach als wichtige soziale Gelegenheiten beschrieben. Auch die Beobachtungen zeigen, dass öffentliche Räume bei entsprechenden Anlässen sehr lebendig werden können. Beim Weihnachtsmarkt etwa waren Vereine und Initiativen präsent, Familien und unterschiedliche Altersgruppen nutzten den Markt und auch der Einzelhandel war in das Geschehen eingebunden.

Dabei müssen Begegnungsorte keine großen Veranstaltungen voraussetzen. Auch kleinere soziale und kulturelle Einrichtungen können Funktionen übernehmen, die über ihr eigentliches Programm hinausgehen. Bei einer Lesung im Café der Volkssolidarität kamen beispielsweise überwiegend ältere Menschen zusammen, von denen viele gemeinsame biografische Erfahrungen teilten. DDR-Alltag, Wende und lokale Erinnerungen wurden nicht nur Gegenstand der Veranstaltung, sondern Anlass für Austausch und persönliche Gespräche, auch über die Lesung hinaus. Solche gemeinsamen Aktivitäten können Beziehungen, Vertrautheit und Verbundenheit mit dem eigenen Wohnumfeld stärken.¹¹

In den Ortsteilen übernehmen Vereine, Feuerwehren, Dorffeste und Gemeinschaftsräume häufig mehrere Funktionen zugleich. Sie schaffen wiederkehrende Kontakte und bieten Gelegenheit, Verantwortung für den eigenen Ort zu

¹⁰ Vgl. Fugmann et al. 2017, S. 40–48.

¹¹ Vgl. vhw 2022, S. 79–81.

übernehmen. Eine befragte Person bringt die Bedeutung der Feuerwehr zugespitzt auf den Punkt:

*„So ein Ortsteil ohne eine Feuerwehr ist handlungsunfähig.“
(Person 40)*

Gemeint ist damit mehr als die Einsatzfähigkeit. Feuerwehren und Vereine können zugleich soziale Mittelpunkte eines Ortsteils sein. Allerdings unterscheiden sich die Ortsteile deutlich: Während manche über eine aktive Vereins- und Festkultur verfügen, sind andernorts frühere Gaststätten, Kulturräume oder Treffpunkte verschwunden.

Wann wird aus einem vorhandenen Ort ein Begegnungsort?

Ein anschauliches Beispiel ist „Sport im Park“. Das regelmäßige und niedrigschwellige Angebot bringt Menschen in den Stadtpark und schafft zugleich Möglichkeiten für ungeplante Begegnung:

*„Viele bleiben dann wirklich auch danach noch da mit ihren Picknickdecken und treffen sich mit Freunden weiter.“
(Person 7)*

Der Sport liefert zunächst einen konkreten Anlass, den Park aufzusuchen. Anschließend bleibt ein Teil der Menschen dort, trifft Bekannte oder verbringt weiter Zeit vor Ort. Der Park wird damit zeitweise tatsächlich zum gemeinsamen Aufenthaltsraum. Auch in der Forschung werden geeignete Räume, niedrigschwellige Angebote und Kontinuität als wichtige Bedingungen für gelingende Begegnung beschrieben.¹²

Die Begehungen werfen zugleich die Frage auf, welches Potenzial einzelne innerstädtische Freiräume noch besitzen. Bei einem Rundgang an einem Werktag im Juli wurden Bereiche entlang der Spree und am Schwanenteich während des Beobachtungszeitraums nur wenig genutzt. Viele sichtbare Aufenthalte waren an konkrete Zwecke gebunden: einkaufen, auf den Bus warten, Termine erledigen oder sich kurz ausruhen. Daraus lässt sich keine generell geringe Nutzung ableiten. Interessanter ist vielmehr, wie solche Räume außerhalb konkreter Anlässe stärker zum Aufenthalt einladen könnten.

Neben dem Anlass spielt dabei die Aufenthaltsqualität eine Rolle. Beim Wochenmarkt zeigte sich beispielsweise, dass ältere Menschen die Innenstadt durchaus zum Treffen und Verweilen nutzen, anschließend aber häufig eher einen Bäcker aufsuchen. Sitzkomfort, Schatten, Toiletten und andere praktische Bedingungen beeinflussen mit, ob ein öffentlicher Ort auch für längere Aufenthalte geeignet ist.

Was fehlt zwischen privaten Kreisen und organisierten Angeboten?

¹² Vgl. vhw 2022, S. 96–99.

Mehrere Interviews verweisen auf eine Lücke zwischen privatem Umfeld und organisierten Angeboten. Soziale Kontakte finden vielfach in Familien, Freundeskreisen, Vereinen, Gärten oder bei Veranstaltungen statt. Weniger selbstverständlich sind Orte, an denen Menschen ohne Mitgliedschaft, Einladung oder festes Programm regelmäßig und beiläufig aufeinandertreffen.

Eine Befragte beschreibt dies ausdrücklich als Fehlen „dritter Räume“:

*„Es fehlt hier halt total an dritten Räumen.“
„Man trifft sich entweder im Privaten oder auf der Arbeit.“
(Person 38)*

In der Stadtentwicklung werden solche Orte häufig als „Dritte Orte“ bezeichnet: Räume jenseits von Wohnung und Arbeitsplatz, die informelle Begegnung und gemeinschaftliche Nutzung ermöglichen. Für kleinere Städte und ländliche Räume wird dabei weniger ein bestimmter Gebäudetyp als vielmehr eine flexible und an den lokalen Bedürfnissen orientierte Nutzung hervorgehoben.¹³

Auch Geschäfte, Cafés und andere Alltagsorte können solche sozialen Funktionen übernehmen. Eine Befragte beschreibt die Innenstadt deshalb nicht nur als Einkaufsort:

*„Man trifft sich mit Freunden, man läuft Leuten einfach in die Arme, die man eine Weile nicht gesehen hat.“
(Person 7)*

Wenn Geschäfte, Gaststätten oder andere frequenzerzeugende Nutzungen verschwinden, gehen daher nicht nur wirtschaftliche Angebote verloren, sondern auch Gelegenheiten für beiläufige Begegnung. Dies kann in Ortsteilen besonders ins Gewicht fallen, wenn ehemalige Gaststätten, Kulturräume oder Nahversorgungsangebote zugleich soziale Treffpunkte waren.

Für wen funktionieren vorhandene Räume und für wen nicht?

Ein formal offener Ort ist nicht automatisch für unterschiedliche Gruppen gleichermaßen geeignet. Besonders deutlich wird dies bei Jugendlichen. Im Material werden für Kinder zahlreiche organisierte Freizeitmöglichkeiten beschrieben, während Jugendliche häufiger als Altersgruppe erscheinen, deren Bedürfnisse weniger gut berücksichtigt werden:

*„Ich glaube, man kann sagen, für Kinder wird schon viel gemacht. [...] Aber ich glaub, Jugend fällt oft hinten runter.“
(Person 16)*

Entscheidend sind dabei nicht nur vorhandene Angebote, sondern auch Öffnungszeiten, Mobilität, eigene Gestaltungsmöglichkeiten und die Frage, ob Jugendliche einen Raum

¹³ Vgl. Huttenloher/Wulf 2026, S. 7–10.

tatsächlich als ihren eigenen annehmen können. Bestehende Einrichtungen erreichen zudem teilweise vor allem diejenigen, zu denen bereits Kontakt besteht:

*„Wir hier erreichen keinen mit unserem Angebot, den wir nicht sowieso schon erreichen.“
(Person 16)*

Ansätze einer jugendgerechten Stadtentwicklung betonen deshalb, junge Menschen nicht nur als Nutzende vorhandener Angebote zu betrachten, sondern ihre Bedürfnisse und Möglichkeiten zur Mitgestaltung einzubeziehen.¹⁴ Ein gemeinsamer Mehrgenerationenraum kann dabei eine Ergänzung sein, ersetzt aber nicht zwangsläufig spezifische Räume für Jugendliche.

Auch für ältere Menschen und Bewohnende der Ortsteile entscheidet die konkrete Zugänglichkeit darüber, ob ein Ort tatsächlich genutzt werden kann. Sitzmöglichkeiten müssen praktisch nutzbar sein; Angebote in der Kernstadt bleiben für Menschen ohne passende Mobilitätsmöglichkeiten trotz formaler Offenheit unter Umständen schwer erreichbar.

Spremberg/Grodtk verfügt nicht grundsätzlich über zu wenige Begegnungsorte. Entscheidend sind vielmehr Qualität, Zugänglichkeit und die soziale Funktion vorhandener Räume. Besonders gut funktionieren Orte dort, wo wiederkehrende Anlässe Menschen zusammenbringen und darüber hinaus Raum für ungeplanten Austausch lassen.

Für die weitere Entwicklung stellt sich deshalb weniger die Frage, wo möglichst viele neue Treffpunkte geschaffen werden können. Wichtiger ist, vorhandene öffentliche und gemeinschaftliche Räume so zu nutzen und zu gestalten, dass Menschen einen Grund haben, dort regelmäßig Zeit zu verbringen. Erfolgreiche Ansätze wie „Sport im Park“ zeigen, dass dafür nicht zwingend neue bauliche Infrastruktur nötig ist. In den Ortsteilen kommt hinzu, bestehende Gemeinschaftsräume und lokale Treffpunkte als soziale Infrastruktur anzuerkennen und möglichst zu erhalten.

4.3 Zugehörigkeit, soziale Netze und Ausschlüsse

Zugehörigkeit wird in den Interviews selten abstrakt beschrieben. Sie entsteht vielmehr dort, wo Menschen über längere Zeit miteinander zu tun haben: in Nachbarschaften, Vereinen und Feuerwehren, über Arbeit und Familie, bei Festen oder durch gemeinsame Aufgaben. Gerade in den Ortsteilen wird Zusammenhalt häufig als etwas beschrieben, das durch wiederholtes gemeinsames Tun hergestellt und erhalten wird.

Gleichzeitig ist der Zugang zu solchen Gemeinschaften nicht für alle gleich einfach. Bestehende persönliche Netze sind eine große Stärke Sprembergs. Sie ermöglichen Unterstützung, schnelle Informationswege und praktische Lösungen. Wer neu

¹⁴ Vgl. BMWSB 2025, S. 39 ff.; BBSR 2016.

hinzukommt, wenige Kontakte besitzt oder wichtige soziale Rollen verliert, muss sich solche Zugänge jedoch erst erschließen. Zugehörigkeit ist damit grundsätzlich möglich, aber nicht voraussetzungslos.

Wie entsteht Zugehörigkeit?

Besonders deutlich wird im Material die Bedeutung gemeinsamer Praxis. Eine befragte Person beschreibt den eigenen Weg in eine Dorfgemeinschaft nahezu als Prozess: zunächst Teilnahme an örtlichen Veranstaltungen, später Eintritt in die Feuerwehr, darüber immer mehr Bekanntschaften und schließlich das Gefühl, dazuzugehören:

„Dadurch lernt man immer mehr Leute kennen, kommt man rein und dann gehört man nach ein paar Jahren für die meisten dazu.“

(Person 32)

Zugehörigkeit entsteht hier nicht allein durch Wohndauer oder Herkunft. Entscheidend sind Sichtbarkeit, wiederkehrende Kontakte und die Erfahrung, dass andere sich aufeinander verlassen können. Veranstaltungen, Vereine oder gemeinsame Arbeitseinsätze sind deshalb nicht nur Freizeitaktivitäten. Sie schaffen Gelegenheiten, Beziehungen aufzubauen und eine Rolle innerhalb der Gemeinschaft zu finden.

Eine Person aus einem Ortsteil beschreibt dies ähnlich:

„Wenn man sich einbringen möchte, glaube ich, hat man gute Chancen, da anzukommen.“

(Person 23)

Darin liegt zugleich eine Bedingung: Wer mitmacht, wird sichtbar und findet leichter Anschluss. Für Menschen, die aufgrund von Alter, Sorgearbeit, Gesundheit, Arbeitszeiten oder persönlicher Zurückhaltung weniger an solchen Aktivitäten teilnehmen können, bestehen diese Zugänge nicht in gleicher Weise.

Auch Untersuchungen zu Dorfgemeinschaften zeigen diese Ambivalenz. Persönliche Nähe und gegenseitiges Aufeinander-Achten können Unterstützung und Sicherheit schaffen, zugleich aber mit Erwartungen, sozialer Kontrolle und Abgrenzung verbunden sein.¹⁵

Im Spremberger Material wird zudem deutlich, dass heutige Gemeinschaftsstrukturen nicht überall selbstverständlich gewachsen sind. Teilweise berichten Befragte, dass Vereine oder Gruppen früher stärker nebeneinander gearbeitet hätten und gemeinsame Aktivitäten erst über Jahre entstanden seien. Das heute wahrgenommene Gemeinschaftsgefühl ist damit selbst Ergebnis eines längeren Prozesses.

Wer findet Anschluss – und wie?

¹⁵ Vgl. Schiemann/Rühmling/Klärner 2022, S. 26–28.

Unterschiedliche Voraussetzungen werden besonders bei Zugezogenen und Rückkehrenden sichtbar. Rückkehrende können häufig an frühere Beziehungen, Familienkontakte und Ortskenntnis anknüpfen. Für Menschen ohne solche Anknüpfungspunkte entstehen Zugänge eher über Partner, Kinder, Kita und Schule, Arbeitsplatz, Verein oder Nachbarschaft.

Bemerkenswert ist zugleich, wie langlebig Herkunftsmarkierungen sein können. Mehrere Personen berichten, auch nach vielen Jahren noch als „zugezogen“ zu gelten oder selbst von sich so zu sprechen. Das bedeutet nicht zwangsläufig, dass sie ausgeschlossen wären. Eine Person kann im Verein aktiv sein, Nachbarn kennen und Verantwortung übernehmen und dennoch in bestimmten Situationen weiterhin als „nicht von hier“ markiert werden. Auch aus Untersuchungen ländlicher Sozialräume sind solche langlebigen Unterscheidungen zwischen „Einheimischen“ und „Zugezogenen“ bekannt.¹⁶

Auch bestehende Freundeskreise können eine schwer sichtbare Zugangsschwelle darstellen. Eine Befragte beschreibt aus eigener Erfahrung:

*„Zugezogene lernen Zugezogene kennen.“
(Person 22)*

Menschen, die neu an einen Ort kommen, suchen häufiger aktiv neue Kontakte. Alteingesessene verfügen dagegen oftmals bereits über stabile Freundeskreise und haben weniger Anlass, diese zu erweitern. Anschluss entsteht dann besonders über persönliche Brücken, wie beispielsweise Partner, Kinder, gemeinsame Interessen oder Vereine.

Für die Analyse ist deshalb eine Unterscheidung hilfreich: Funktionale Einbindung, soziale Zugehörigkeit und das tiefere Gefühl, selbstverständlich „von hier“ zu sein, müssen nicht gleichzeitig entstehen.

Wann sind persönliche Netze eine Stärke und wann eine Zugangsschwelle?

Persönliche Beziehungen gehören zu den deutlichsten Ressourcen des Spremberger Sozialraums. Mehrere Befragte beschreiben, dass vieles über Bekanntschaften, Empfehlungen und informelle Weitergabe funktioniert. Der häufig erwähnte „Buschfunk“ kann dabei ausgesprochen effizient sein. Eine Person beschreibt, dass sie diese Funktionsweise als Zugezogene zunächst als ungewohnt und einschüchternd erlebt habe, später aber auch ihren praktischen Wert erkannte: „jeder kennt irgendjemanden“ (Person 38).

Solche Netze ermöglichen schnelle Hilfe, vermitteln Kontakte und schaffen Orientierung. Gleichzeitig setzen sie voraus, dass man Teil eines entsprechenden

¹⁶ Vgl. Schiemann/Rühmling/Klärner 2022, S. 27–28.

Kreises ist. Wer die richtigen Personen nicht kennt, erfährt unter Umständen später von einem Angebot oder weiß nicht, wer angesprochen werden kann.

Dabei scheint es Spremberg/Grodtk keineswegs an Gemeinschaften zu fehlen. Vielmehr beschreiben mehrere Interviews verschiedene gut funktionierende soziale Kreise, die jedoch teilweise nur wenig miteinander verbunden sind:

*„Was ich schade finde, ist, dass die verschiedenen Gemeinschaften kaum miteinander sprechen.“
(Person 41)*

Auch die Forschung zu sozialen Netzwerken unterscheidet zwischen engen Beziehungen innerhalb bestehender Gruppen und solchen, die unterschiedliche soziale Kreise miteinander verbinden. Für gesellschaftlichen Zusammenhalt sind beide Formen bedeutsam.¹⁷

Für Spremberg/Grodtk ergibt sich daraus ein wichtiger Befund: Eine Stadt kann über zahlreiche funktionierende Gemeinschaften verfügen und gleichzeitig nur wenige selbstverständliche Brücken zwischen ihnen haben. Veranstaltungen, Treffpunkte und gemeinsame Projekte können deshalb nicht nur neue Kontakte schaffen, sondern auch Menschen miteinander verbinden, die sich längst kennen, bislang aber in getrennten sozialen Zusammenhängen bewegen.

Wo wird Zugehörigkeit fragil?

Soziale Einbindung ist häufig an alltägliche Rollen und Routinen gebunden. Arbeit, Kinder, Verein, Nachbarschaft oder Ehrenamt schaffen regelmäßige Kontakte. Fallen solche Anknüpfungspunkte weg, können Menschen trotz langjähriger Ortsbindung schrittweise weniger am öffentlichen und sozialen Leben teilnehmen.

Einsamkeit wird dabei im Material nicht nur als Problem hochbetagter Menschen beschrieben. Mehrere Gesprächspartner beobachten sie auch bei jüngeren Personen und insbesondere bei alleinlebenden Männern. Kontaktbedürfnisse werden nicht immer ausdrücklich als solche formuliert. Eine Person aus einer sozialen Einrichtung berichtet beispielsweise von einem älteren Mann, der regelmäßig kommt, obwohl er sich über Kaffee, Kuchen und Bedienung beschwert:

*„Der kommt nächste Woche auch wieder. Weil bei wem kann er denn sonst was sagen?“
(Person 31)*

Solche Beobachtungen erlauben keine Aussage über die Verbreitung von Einsamkeit in Spremberg. Sie verweisen jedoch darauf, dass soziale Isolation wenig sichtbar sein kann und niedrigschwellige Orte teilweise eine wichtige Kontaktfunktion übernehmen.

¹⁷ Vgl. Teichler et al. 2023, S. 14–15.

Auch bundesweite Daten sprechen dafür, Einsamkeit weder ausschließlich als Altersphänomen noch als Besonderheit ländlicher Räume zu verstehen. Das Einsamkeitsbarometer 2024 zeigt Belastungen in unterschiedlichen Altersgruppen und keinen praktisch bedeutsamen Stadt-Land-Unterschied. Für das individuelle Risiko sind vielmehr unter anderem soziale Verluste, gesundheitliche Einschränkungen und belastende Lebenslagen relevant.¹⁸

Gemeinschaft in Kernstadt und Ortsteilen – unterschiedlich, aber nicht gegensätzlich

Kernstadt und Ortsteile lassen sich nicht entlang eines einfachen Gegensatzes von „anonym“ und „gemeinschaftlich“ beschreiben. In mehreren Ortsteilen sind soziale Netze dichter und lokale Identitäten stärker sichtbar. Vereine, Feuerwehr, Gemeinschaftsräume und engagierte Schlüsselpersonen können Beziehungen dort erheblich tragen.

Diese soziale Dichte kann Integration erleichtern, wenn Menschen Zugänge zu den bestehenden Strukturen finden. Zugleich bedeutet sie größere Sichtbarkeit und kann stärker etablierte Innen- und Außengrenzen mit sich bringen. In der Kernstadt verteilen sich Beziehungen dagegen häufiger auf kleinere Netzwerke wie Nachbarschaften, Freundeskreise, Vereine oder Einrichtungen. Gemeinschaft ist dort nicht unbedingt schwächer, sondern anders organisiert.

Auch zwischen den Ortsteilen unterscheiden sich die Bedingungen erheblich. Wo Treffpunkte, Vereine oder Feuerwehren wegfallen, kann deshalb mehr verloren gehen als eine einzelne Einrichtung. Umgekehrt können starke soziale Netze infrastrukturelle Nachteile teilweise auffangen. Sie ersetzen jedoch keine Versorgung und funktionieren vor allem für diejenigen, die Zugang zu diesen Beziehungen haben.

Zugehörigkeit ist herstellbar, aber nicht für alle gleichermaßen. Spremberg/Grodtk erscheint im Material nicht als Ort, an dem Zugehörigkeit grundsätzlich schwer herzustellen wäre. Zahlreiche Beispiele zeigen tragfähige Nachbarschaften, Vereine, Dorf- und Interessengemeinschaften sowie gegenseitige Hilfe.

Zugleich entsteht Zugehörigkeit häufig über konkrete soziale Zugänge: über persönliche Beziehungen, gemeinsame Aktivitäten, Familie, Arbeit oder Vereine. Diese Voraussetzungen sind ungleich verteilt. Eine besondere Stärke Sprembergs/Grodks liegt damit in seinen zahlreichen tragfähigen Gemeinschaften. Eine Herausforderung besteht weniger in deren Fehlen als in den Verbindungen zwischen ihnen und in der Frage, wie Menschen Anschluss finden, die bislang keinem dieser Kreise angehören.

¹⁸ Vgl. Schobin/Arriagada/Gibson-Kunze 2024, S. 17–19, 60–61.

Für gesellschaftlichen Zusammenhalt ist deshalb nicht allein entscheidend, wie stark einzelne Gruppen nach innen verbunden sind. Ebenso wichtig ist, ob zwischen ihnen Brücken entstehen.

4.4 Vertrauen, kommunale Kommunikation und Beteiligungserfahrungen

Wie Menschen kommunale Entscheidungen wahrnehmen und ob Beteiligungsmöglichkeiten als sinnvoll erlebt werden, hängt nicht allein davon ab, wie viele Informationen oder Formate angeboten werden. Im Material zeigt sich vielmehr ein Zusammenspiel aus Erreichbarkeit, Verständlichkeit, persönlichem Zugang und der Erfahrung, ob auf Fragen und Beiträge eine nachvollziehbare Reaktion folgt.

Dabei wäre es zu kurz gegriffen, von einem allgemeinen Informations- oder Beteiligungsmangel zu sprechen. Die Stadt nutzt unterschiedliche Kommunikationswege, öffentliche Sitzungen, digitale Angebote und verschiedene Beteiligungsformate. Die zentrale Herausforderung liegt weniger darin, überhaupt Informationen bereitzustellen, sondern darin, dass diese im Alltag tatsächlich ankommen und nachvollziehbar werden.

Wie erfahren Menschen, was in Spremberg/Grodtk passiert?

Die Informationslandschaft in Spremberg/Grodtk ist vielfältig, aber auf unterschiedliche Kanäle verteilt. Amtsblatt, Internet und soziale Medien, Plakate und Banner, Vereine sowie persönliche Kontakte und Mundpropaganda werden parallel genutzt. Welche Informationen eine Person erreicht, hängt dadurch stark von Mediennutzung, persönlichen Netzwerken und der Bereitschaft ab, selbst danach zu suchen.

Das Amtsblatt wird beispielsweise von einigen Befragten als verlässlich geschätzt, zugleich aber als umfangreich und teilweise wenig alltagsnah beschrieben. Eine Person bewertet die darin enthaltenen Kontakte und Vereinsinformationen positiv, bezeichnet andere Inhalte jedoch als „Beamtendeutsch“ (Person 18). Soziale Medien wiederum erreichen nicht alle.

Gut funktionieren können kurze und unmittelbar sichtbare Informationen. Eine Befragte beschreibt etwa Veranstaltungsbanner an den Brücken:

*„Das nehme ich voll wahr. Das ist auch so kurz und knapp, das kannst du sehen.“
(Person 11)*

In kleineren Ortsteilen übernehmen zusätzlich WhatsApp-Gruppen und persönliche Weitergabe wichtige Funktionen. Solche Wege können sehr schnell sein, sind für Zugezogene oder Menschen außerhalb bestehender Netzwerke aber nicht automatisch zugänglich.

Das Material verweist deshalb weniger auf einen einzelnen fehlenden Kommunikationskanal als auf eine fragmentierte lokale Öffentlichkeit. Ein Angebot kann öffentlich bekannt gemacht worden sein und für einzelne Personen dennoch praktisch unsichtbar bleiben. Auch eine aktuelle Untersuchung lokaler Kommunikationsstrukturen beschreibt ein Nebeneinander verschiedener Informationsräume und betont den Wunsch nach verlässlichen und leicht auffindbaren Auskünften.¹⁹

Wann wird kommunale Kommunikation nachvollziehbar und vertrauenswürdig?

Neben der Reichweite spielt die Verständlichkeit eine zentrale Rolle. Mehrere Befragte unterscheiden deutlich zwischen formaler Öffentlichkeit und tatsächlicher Nachvollziehbarkeit. Sitzungen können öffentlich, Unterlagen zugänglich und Entscheidungen dokumentiert sein. Ihre Nutzung setzt dennoch Zeit, Interesse und teilweise erhebliches Vorwissen voraus.

Eine Person beschreibt das Problem so:

„[Es wird] wenig kommuniziert über die Dinge, die man tut, warum man sie tut. [...] Auch begründen, warum man das tut, damit man verstehen kann, warum bestimmte Dinge passieren.“
(Person 21)

Gerade bei länger dauernden Projekten kann fehlende Übersetzung dazu führen, dass notwendige Planungs- und Entscheidungsschritte von außen als Stillstand wahrgenommen werden. Komplexe Zuständigkeiten werden dann leicht auf „die Stadt“ oder einzelne Personen verkürzt.

Persönliche Kontakte können diese Distanz verringern. Wer weiß, wen er in der Verwaltung ansprechen kann, findet teilweise schnell Unterstützung. Gleichzeitig wird dieses lokale Beziehungswissen selbst zur Ressource: Gut vernetzte Personen wissen eher, wen sie anrufen müssen, während andere Zuständigkeiten zunächst herausfinden müssen.

Auch Untersuchungen zur Kommunikation zwischen Kommunen und Bevölkerung betonen deshalb die Bedeutung erreichbarer Ansprechpartnerinnen und -partner und vermittelnder Stellen. Kommunikation wird insbesondere dort störanfällig, wo Informationen stark an einzelne Personen gebunden bleiben oder Rückmeldungen ausbleiben.²⁰

Ein positives Gegenbeispiel ist das Tool „Maerker“. Es wird gerade deshalb gelobt, weil der Bearbeitungsweg sichtbar ist: Ein Problem wird gemeldet, bearbeitet und anschließend erfolgt eine Rückmeldung. Für Vertrauen scheint damit weniger

¹⁹ Vgl. Jarren et al. 2026, S. 5–6, 101–102.

²⁰ Vgl. Lobeck/Wiegandt 2023, S. 25, 34–37.

entscheidend zu sein, dass jeder Wunsch erfüllt wird. Wichtig ist vielmehr, dass nachvollziehbar bleibt, wer zuständig ist, was mit einem Anliegen geschieht und weshalb eine Entscheidung so oder anders ausfällt.

Wann wird Beteiligung als sinnvoll erlebt?

Auch bei der Beteiligung fehlt es nicht grundsätzlich an Angeboten. Bürgerbudget, Onlineplattformen, Veranstaltungen, Gesprächsrunden und öffentliche Sitzungen werden wahrgenommen und teilweise ausdrücklich positiv bewertet. Gleichzeitig zeigt sich eine wiederkehrende Selektivität: Viele Formate erreichen vor allem Menschen, die ohnehin informiert, engagiert und daran gewöhnt sind, ihre Anliegen öffentlich einzubringen.

Eine offene Einladung allein beseitigt diese Hürde nicht. Eine Akteurin berichtet beispielsweise, dass einzelne Personen erst nach einer zusätzlichen persönlichen Ansprache tatsächlich zu einer Veranstaltung kamen; eine Teilnehmerin habe diesen zusätzlichen „Tritt“ gebraucht (Person 30). Persönliche Ansprache kann Beteiligung erleichtern, ist jedoch ressourcenintensiv.

Besonders gut scheint Beteiligung dort zu funktionieren, wo das Thema konkret und im eigenen Alltag greifbar ist. Eine befragte Person formuliert dies bewusst zugespitzt:

„Je konkreter natürlich, desto besser. [...] Wir müssen hier kein Bürgerrat zum Weltfrieden machen.“
(Person 15)

Lokale Bauvorhaben, die Schwimmhalle oder Fragen der Stadt- und Energieentwicklung können entsprechend Menschen mobilisieren, die sich an allgemeineren Formaten weniger beteiligen. Auch Sprache und Rahmung spielen eine Rolle: Fachbegriffe oder institutionell wirkende Veranstaltungsformate können bereits eine Zugangshürde darstellen.

Auch die Nutzung der städtischen Online-Beteiligungsplattform zeigt sowohl Reichweite als auch Grenzen digitaler Beteiligung. Seit dem Start im Sommer 2024 wurden nach Angaben des Plattformbetreibers über 800 Registrierungen verzeichnet; besonders das Voting zum Bürgerhaushalt erzeugte eine hohe Resonanz. Zugleich zeigt die interne Auswertung, dass unter 24-Jährige und über 75-Jährige unter den registrierten Nutzerinnen und Nutzern unterrepräsentiert sind und bislang nicht aus allen Ortsteilen Teilnehmende registriert wurden. Bei einem erheblichen Teil fehlt zudem eine eindeutige Ortsangabe. Die Zahlen erlauben daher keine Aussage über eine repräsentative Beteiligung der Stadtbevölkerung. Sie zeigen jedoch, dass ein digitaler Beteiligungskanal eine beachtliche Reichweite entwickeln kann, ohne unterschiedliche Bevölkerungsgruppen und Teilräume gleichermaßen zu erreichen.²¹

²¹ Vgl. Go Vocal 2026, S. 3–6.

Auffällig ist dabei ein scheinbarer Widerspruch. Einerseits wünschen sich Befragte mehr direkte Gesprächsmöglichkeiten, andererseits werden bestehende Formate wie Bürgersprechstunden nicht automatisch stark genutzt. Beteiligungsprobleme lassen sich deshalb nicht allein durch zusätzliche Angebote lösen. Entscheidend ist auch, wo und wie Beteiligung stattfindet, wer angesprochen wird und ob Menschen erwarten können, dass ihre Teilnahme eine erkennbare Fortsetzung erhält.

Was passiert nach der Beteiligung?

Besonders wichtig ist die Rückkopplung nach einem Beteiligungsprozess. Wer Zeit investiert oder einen Vorschlag einbringt, möchte wissen, was anschließend damit geschieht. Bleibt dies unklar, kann auch ein grundsätzlich positiv bewertetes Verfahren Frustration erzeugen.

Eine Befragte beschreibt ihre Erfahrung für frühere Beteiligungsprozesse, sieht aber zugleich eine Verbesserung:

„Man sieht, was eingereicht wurde und man sieht auch, wo ist denn jetzt der aktuelle Schritt? [...] Wenn man das aber offen kommuniziert [...] dann habe ich schon das Gefühl, dass das besser aufgenommen wird.“
(Person 7)

Gerade beim Bürgerbudget wird deutlich, dass zwischen Beteiligung und sichtbarer Umsetzung weitere Schritte liegen können. Nicht jede Verzögerung ist allein der Verwaltung zuzuschreiben; teilweise müssen Kosten geklärt, Verantwortlichkeiten übernommen oder organisatorische Voraussetzungen geschaffen werden.

Für die Qualität von Beteiligungsverfahren gilt deshalb nicht, dass alle Vorschläge übernommen werden müssen. Entscheidend ist, dass transparent bleibt, was geprüft, umgesetzt oder abgelehnt wird und wie es nach der Beteiligung weitergeht.²²

Welche Rolle spielen die Ortsteile in der kommunalen Kommunikation?

In den Ortsteilen verdichten sich viele der beschriebenen Herausforderungen. Ortsvorsteher und Ortsbeiräte sind für die Bevölkerung sichtbare Ansprechpartner. An sie werden Fragen zu Straßen, Bauvorhaben, Infrastruktur oder lokalen Problemen herangetragen, obwohl ihre eigenen Entscheidungsmöglichkeiten begrenzt sind.

Eine befragte Person aus einem Ortsbeirat beschreibt diese Zwischenposition:

„Die kommen ja mit ihren Problemen zu uns. Dafür sind wir ja da. Und erwarten von uns [...] richtig handeln. [...] [Wir sind] aber eigentlich nur ein Sprachrohr, das dann der Stadt berichtet.“
(Person 39)

Anliegen werden aufgenommen und weitergeleitet, Antworten können jedoch zeitversetzt zurückkommen. Für Einwohnende ist diese institutionelle Rollenverteilung

²² Vgl. Ritzi/Kaßner 2019, S. 13–15.

nicht immer sichtbar. Zugleich wünschen sich Ortsvertreter eine frühzeitigere Information insbesondere bei Vorhaben, die den eigenen Ortsteil unmittelbar betreffen. Dass entsprechende Informationen grundsätzlich öffentlich zugänglich sind, ersetzt aus ihrer Sicht nicht die direkte Information derjenigen, die vor Ort anschließend Fragen beantworten sollen.

Diese Spannung ist auch aus anderen brandenburgischen Kleinstädten bekannt. Ortsvertretungen verfügen über hohe lokale Sichtbarkeit und Legitimation, während ihre formalen Entscheidungs- und Gestaltungsmöglichkeiten begrenzt bleiben. Persönliche Netzwerke können diese Lücke teilweise ausgleichen.²³

Das Spremberger Material zeigt dabei sowohl funktionierende als auch verbesserungsbedürftige Strukturen. Der Sitzungsdienst ermöglicht die Weitergabe von Anliegen und Informationen, gleichzeitig verfügen Ortsvorsteher nicht immer über die Informationen, die sie für ihre Vermittlungsrolle benötigen. Auch sie selbst sehen sich teilweise in der Verantwortung, Informationen stärker in die Ortsteile weiterzugeben. Es geht daher weniger um ein einfaches „die Verwaltung informiert nicht“ als um die Verlässlichkeit der gesamten Informationskette.

Hinzu kommt die Bedeutung persönlicher Präsenz. Ortsteilbereisungen und Besuche der Stadtspitze werden nicht ausschließlich als Mittel zur Lösung akuter Probleme verstanden. Sie vermitteln auch Aufmerksamkeit und Anerkennung. Gerade deshalb kann ein regelmäßiger Kontakt auch dann wichtig sein, wenn aktuell kein konkreter Konflikt besteht.

Ortsvorsteher befinden sich damit in einer anspruchsvollen Zwischenposition: Sie sollen lokale Anliegen weitertragen und kommunale Entwicklungen erklären, verfügen aber nicht automatisch über einen entsprechenden Informationsvorsprung. Fehlende oder langsame Rückkopplung kann deshalb auch ihre Stellung gegenüber der eigenen Bevölkerung schwächen.

Spremborg/Grodtk verfügt über zahlreiche Informations- und Beteiligungswege. Die entscheidende Frage ist weniger, ob Kommunikation stattfindet, sondern ob sie für unterschiedliche Menschen tatsächlich zugänglich und nachvollziehbar ist.

Vier Erfahrungen treten dabei besonders hervor: Menschen müssen von einem Thema erfahren, verstehen können, warum etwas geschieht, einen erreichbaren Zugang für Rückfragen haben und erkennen können, was anschließend mit einem Anliegen passiert.

Persönliche Beziehungen erleichtern vieles, sollten jedoch nicht Voraussetzung dafür sein, Informationen zu erhalten oder Gehör zu finden. Besonders in den Ortsteilen braucht es deshalb verlässliche Rückkopplungswege zwischen Verwaltung,

²³ Vgl. Höcke 2021, S. 326–327.

Ortsvertretungen und Bevölkerung. Vertrauen entsteht nicht allein durch mehr Kommunikation, sondern dort, wo Kommunikation verständlich, erreichbar und verlässlich wird und Beteiligung eine sichtbare Fortsetzung erhält.

4.5 Zukunftsvorstellungen, Strukturwandel und Umgang mit Veränderung

Spremberg/Grodtk befindet sich seit Jahrzehnten in Veränderungsprozessen. In den Interviews wird Zukunft deshalb selten als abstrakte Frage behandelt. Sie ist eng verbunden mit Erfahrungen früherer Umbrüche, der Bedeutung von Bergbau und Industrie, Erwartungen an neue Arbeitsplätze und der Frage, ob sich Veränderungen im eigenen Alltag tatsächlich positiv bemerkbar machen.

Dabei fehlt es im Material nicht grundsätzlich an Zukunftsvorstellungen. Genannt werden neue wirtschaftliche Ansiedlungen und Technologien, neue Wohn- und Bildungsangebote oder eine stärkere Nutzung der landschaftlichen Qualitäten der Region. Gleichzeitig bestehen Zweifel, ob angekündigte Entwicklungen tatsächlich eintreten und für unterschiedliche Teile der Bevölkerung einen erkennbaren Nutzen entfalten. Die Herausforderung liegt damit weniger in einem Fehlen von Zukunftsvorstellungen als darin, unterschiedliche Erfahrungen und Erwartungen mit einer glaubwürdigen Entwicklungsperspektive zu verbinden.

Welche Zukunft wird für Spremberg/Grodtk vorstellbar?

Mehrere Befragte blicken durchaus optimistisch auf vorhandene Entwicklungsmöglichkeiten. Besonders der Industriepark Schwarze Pumpe/Carna Plumpa und neue wirtschaftliche oder technologische Ansätze werden als Chance gesehen. Eine Person verbindet damit weitere Vorhaben wie neue Bildungsangebote und Wohnformen:

„Wenn das in den nächsten zehn Jahren hier angeleiert wird, dann habe ich richtig Lust darauf, das mitzuerleben.“

(Person 3)

Andere wünschen sich eine stärkere wirtschaftliche Diversifizierung. Spremberg/Grodtk solle langfristig nicht ausschließlich über Kohle und Energie definiert werden, sondern auch neue Technologien, Start-ups und andere Wirtschaftszweige anziehen.

Entscheidend ist jedoch, dass Entwicklung nicht nur auf dem Papier stattfindet:

„Aber dafür gibt es noch nicht genug handfeste, sichtbare, anfassbare Sachen, die der Strukturwandel hervorbringen wird.“

(Person 38)

Diese Wahrnehmung lässt sich mit der wissenschaftlichen Begleitung des Lausitzer Strukturwandels verbinden. Viele geförderte Vorhaben können insbesondere während längerer Planungs- und Genehmigungsphasen zunächst vor allem als Ankündigungen

sichtbar werden. Zugleich wird betont, dass wirtschaftliche Entwicklung mit guten Lebensbedingungen vor Ort verbunden sein und sowohl neu Zugezogenen als auch der bereits ansässigen Bevölkerung zugutekommen sollte.²⁴

Eine andere befragte Person formuliert die gleiche Spannung zugespitzt:

„Da auf dem Papier ist alles schick. [...] Und ich kann nicht nur Institute bauen. Ich brauche Leute, die Wertschöpfung bringen.“
(Person 8)

Sichtbar wird damit keine grundsätzliche Ablehnung von Forschung oder Innovation, sondern die Erwartung, dass Transformation auch mit den Lebens- und Beschäftigungsmöglichkeiten breiterer Bevölkerungsgruppen verbunden sein muss.

Warum ist Strukturwandel mehr als eine Arbeitsplatzfrage?

Die starke Bedeutung wirtschaftlicher Sicherheit ist historisch eng mit dem Bergbau verbunden. In vielen Interviews erscheint die Kohle nicht lediglich als frühere Wirtschaftsbranche, sondern als Teil von Familiengeschichten, beruflichem Stolz und regionaler Identität.

Eine Person fasst dies in einem sehr kurzen Satz zusammen:

„Wir sind Bergbau, ja.“
(Person 10)

Diese Verbindung von Arbeit und regionaler Identität ist auch für die Lausitz insgesamt beschrieben worden. Beschäftigung in der Braunkohle war über Jahrzehnte nicht nur Einkommensquelle, sondern mit sozialer Anerkennung und Produzentenstolz verbunden. Zugleich wirken die massiven Arbeitsplatzverluste und Umbruchserfahrungen der 1990er Jahre im kollektiven Gedächtnis der Region fort.²⁵

Der Kohleausstieg berührt deshalb mehr als die Frage, ob zahlenmäßig genügend neue Arbeitsplätze entstehen. Er betrifft auch die Anerkennung bisheriger Lebensleistungen. Besonders deutlich formuliert dies eine Befragte:

„Es geht immer um die Wirtschaft und es geht so wenig um, so das Seelen mitnehmen und die Menschen. Und das Lebensgeschichten nicht einfach nur kaputt gehen, sondern es ist eine Anerkennungskultur für diese.“
(Person 11)

Auch aktuelle Untersuchungen der deutschen Braunkohlereviere beschreiben neben der Verteilung wirtschaftlicher Chancen und Belastungen die Anerkennung bisheriger

²⁴ Vgl. Markwardt et al. 2023, S. 6, 38–39.

²⁵ Vgl. Jacobsen/Knuth/Pflücke 2023, S. 243, 247–248.

Leistungen und Erfahrungen als wichtige Voraussetzung für gesellschaftlichen Zusammenhalt im Strukturwandel.²⁶

In mehreren Interviews werden berufliche Entwertungen, Arbeitslosigkeit, Wegzüge, Betriebsschließungen und notwendige Neuorientierungen nach 1990 in den eigenen Familien erinnert. Der gegenwärtige Strukturwandel trifft damit auf eine Region, die bereits einen tiefgreifenden Bruch erlebt hat:

„Das ist für viele das zweite Mal, dass sie vielleicht dann in der Existenz eben irgendwie sich noch mal umorientieren müssen.“

(Person 29)

Diese Erfahrungen erklären nicht jede Skepsis gegenüber Veränderung. Sie machen aber verständlich, weshalb neue Versprechen teilweise zunächst auf Zurückhaltung treffen. Eine tragfähige Zukunftsperspektive muss Vergangenheit und Zukunft deshalb nicht gegeneinander ausspielen. Die Erfahrungen und Leistungen früherer Generationen können ebenso als Ausgangspunkt einer neuen Entwicklung verstanden werden.

Wann wird Zukunft glaubwürdig?

Zukunftshoffnungen verbinden sich im Material häufig mit der Erwartung konkreter Wirksamkeit. Neue Arbeitsplätze sollen sichtbar entstehen und wirtschaftliche Entwicklungen möglichst auch das Wohnen, die Innenstadt und das gesellschaftliche Leben stärken.

Dabei bedeutet Zukunft nicht für alle dasselbe. Während einige besonders auf neue Industrien und Technologien hoffen, betonen andere kleinere Unternehmen, Handwerk, lokale Dienstleistungen oder die Innenstadt:

„Wenn du eben viele Kleine ruinierst, bringt es ein Mittlerer auch nicht.“

(Person 4)

Strukturentwicklung besteht aus Sicht der Befragten damit nicht ausschließlich aus großen Ansiedlungen. Zur Zukunftsfähigkeit gehören ebenso lokale Betriebe, Ausbildungsmöglichkeiten, Nachfolge in bestehenden Unternehmen und eine Stadt, in der Menschen wohnen, einkaufen und ihre Freizeit verbringen.

Daraus ergibt sich ein wiederkehrendes Spannungsverhältnis: Große Zukunftsprojekte können Entwicklung signalisieren, während Menschen gleichzeitig Leerstände, Schwierigkeiten bei der Grundversorgung oder Probleme kleiner Betriebe beobachten. Werden beide Ebenen nicht miteinander verbunden, kann der Eindruck entstehen, dass viel „für außen“ entwickelt wird, während Verbesserungen im eigenen Alltag weniger sichtbar sind. Zukunft wird deshalb besonders dort glaubwürdig, wo nachvollziehbar wird, wie neue Entwicklungen mit dem Leben in Spremberg/Grodtk zusammenhängen.

²⁶ Vgl. Stobbe/Tullius/Uhlig 2025, S. 7–13.

Warum verdichtet sich diese Frage beim möglichen Kupferabbau?

Besonders deutlich werden unterschiedliche Zukunftsvorstellungen in der Diskussion um einen möglichen Kupferabbau. Das Thema erscheint im Material nicht als einfacher Gegensatz von wirtschaftlicher Entwicklung und Umweltschutz. Vielmehr treffen mehrere nachvollziehbare Interessen aufeinander.

Auf der einen Seite stehen wirtschaftliche Zukunft, Arbeitsplätze und industrielle Wertschöpfung. Auf der anderen werden mögliche Auswirkungen auf Landschaft, Wasser, Gesundheit und Lebensqualität thematisiert. In unmittelbar betroffenen Ortsteilen kommen sehr konkrete lokale Belastungen hinzu.

Eine befragte Person bringt diese Ambivalenz besonders deutlich zum Ausdruck:

„Ich bin prinzipiell Pro, aber da ist man ja wirklich auch mal selbst betroffen. Und dann ist das noch mal ein bisschen etwas anderes.“

(Person 14)

Eine Person kann Strukturwandel und wirtschaftliche Entwicklung also grundsätzlich befürworten und ein konkretes Vorhaben dennoch kritisch beurteilen, wenn mögliche Folgen den eigenen Wohnort oder die Zukunft der eigenen Kinder betreffen.

Hinzu kommt die Erfahrung einer Region, deren Landschaft bereits durch Rohstoffgewinnung tiefgreifend verändert wurde. Einige Befragte sehen deshalb die Gefahr, dass die Region nach Kohle, Tagebau und Energieproduktion erneut vor allem als Rohstoff- oder Produktionsraum betrachtet wird. Andere wenden ein, heutige technische Verfahren könnten nicht ohne Weiteres mit früherem Bergbau gleichgesetzt werden.

Für die Analyse ist weniger entscheidend, welche dieser Einschätzungen technisch zutrifft. Auffällig ist vielmehr, dass vergangene Erfahrungen die Bewertung neuer Versprechen beeinflussen. Ebenso wichtig ist die Frage des lokalen Nutzens. In einem betroffenen Ortsteil wird nicht nur über mögliche Risiken gesprochen, sondern auch darüber, was eine solche Entwicklung konkret für das Dorf bedeuten würde und wie verbindlich entsprechende Zusagen wären.

Der Kupferkonflikt verdichtet damit grundlegende Fragen des Strukturwandels: Wer trägt mögliche Belastungen? Wer profitiert? Wie verlässlich sind Versprechen? Welche Entwicklung soll die Region nach der Kohle prägen und welche Qualitäten sollen dabei erhalten bleiben?

Damit werden Fragen der Verteilungs- und Verfahrensgerechtigkeit berührt: Relevant ist nicht nur das Ergebnis einer Veränderung, sondern auch, wie Nutzen und Belastungen verteilt und Betroffene in Entscheidungen einbezogen werden.²⁷

²⁷ Vgl. Stobbe/Tullius/Uhlig 2025, S. 7–13.

Zwischen Bewahren und Verändern

In mehreren Interviews wird Spremberg/Grodtk eine gewisse Zurückhaltung gegenüber Neuem zugeschrieben. Gleichzeitig enthält das Material zahlreiche Gegenbeispiele: Menschen schaffen neue Angebote, entwickeln wirtschaftliche Ideen, kehren zurück, stoßen Projekte an oder verbinden große Hoffnungen mit der Transformation. Zukunftsorientierte und eher skeptische Haltungen lassen sich dabei nicht einfach einzelnen Altersgruppen zuordnen.

Auch über die Lausitz hinaus zeigt sich, dass Zustimmung zu Veränderungszielen und Sorge vor ihren Folgen gleichzeitig bestehen können. Die grundsätzliche Befürwortung einer Transformation schließt wirtschaftliche und soziale Verlustsorgen nicht aus. Eine einfache Einteilung in Befürworter und Gegner greift deshalb zu kurz.²⁸

Veränderungsbereitschaft hängt auch davon ab, welche Erfahrungen Menschen mit früheren Veränderungen gemacht haben, ob sie sich in einer Entwicklung wiederfinden und ob deren Nutzen glaubwürdig erscheint. Gerade die starke regionale Identität muss einer neuen Entwicklung deshalb nicht entgegenstehen. Sie kann ihr Ausgangspunkt sein, wenn wirtschaftlicher Wandel nicht als Abwertung der Vergangenheit erzählt wird.

Im Material stehen unterschiedliche Vorstellungen davon nebeneinander, was eine gute Zukunft für Spremberg/Grodtk ausmacht: wirtschaftliche Sicherheit, neue Technologien, Arbeit und Zuzug, aber ebenso Natur, lokale Lebensqualität, kleinere Betriebe und die Möglichkeit, dass auch die nächste Generation gern vor Ort lebt.

Die Herausforderung besteht nicht darin, diese Perspektiven zu einer einheitlichen Erzählung zu verschmelzen. Zukunft wird besonders dort glaubwürdig, wo Veränderungen konkret erfahrbar werden, bisherige Lebensleistungen Anerkennung finden und nachvollziehbar bleibt, wie Nutzen und mögliche Belastungen verteilt werden.

4.6 Abwertungen, Einschüchterung und der gesellschaftliche Umgang damit

Die Interviews zeichnen kein einheitliches Bild eines politisch angespannten oder unsicheren Sprembergs/Grodks. Viele Befragte bewegen sich selbstverständlich durch die Stadt, erleben ihren Alltag als ruhig und berichten kaum von persönlichen Bedrohungen. Gleichzeitig schildern andere Erfahrungen mit abwertenden Äußerungen, rechtsextremen Symbolen und Strukturen, Einschüchterung oder konkreten Angriffen. Besonders Personen, die selbst sichtbar betroffen sind oder öffentlich Position beziehen, nehmen Teile des sozialen Raums anders wahr.

²⁸ Vgl. Teichler/Dilger 2025, S. 31–33.

Für die Analyse ist deshalb weniger die Frage hilfreich, ob Spremberg/Grodtk insgesamt „sicher“ oder „unsicher“, „rechts“ oder „nicht rechts“ sei. Entscheidend ist vielmehr, welche Erfahrungen für wen sichtbar werden, wie darauf reagiert wird und welche Folgen dies für Beteiligung und Zugehörigkeit hat.

Wie unterschiedlich kann dieselbe Stadt erlebt werden?

Einige Befragte betonen ausdrücklich, sich in Spremberg/Grodtk sicher zu fühlen. Eine Person beschreibt beispielsweise, auch nachts ohne Sorge durch die Stadt zu gehen, weist aber zugleich selbst darauf hin, dass dies mit ihrer eigenen gesellschaftlichen Position zusammenhängen könne:

„Das mag sicherlich auch daran liegen, dass ich ja nun mal einfach in der Bevölkerungsgruppe bin [...] die diese Angst nicht haben muss.“
(Person 19)

Andere Interviews zeigen Situationen, in denen Menschen ihr Verhalten durchaus an das wahrgenommene gesellschaftliche Klima anpassen. Eine Befragte berichtet von der Überlegung, ob bestimmte Symbole offen getragen werden können:

„Ich habe auch schon mal bei meinem Kind überlegt, ob ich so einen Regenbogenpin ans Fahrrad basteln kann oder nicht. Und das sollte eigentlich nicht sein.“
(Person 38)

Auch aus der Jugendarbeit werden Situationen geschildert, in denen Veranstaltungen aus Sicherheitsgründen eingeschränkt wurden oder Personen beobachteten, wer einen Treffpunkt betritt und alleine wieder verlässt. Daneben berichten Interviewte von Anfeindungen gegen queere Jugendliche und von rassistischen oder migrationsbezogenen Abwertungen.

Das bedeutet nicht, dass der öffentliche Raum Sprembergs/Grodks generell als gefährlich erlebt wird. Vielmehr entstehen unterschiedliche Erfahrungsräume: Was für einen Teil der Bevölkerung kaum wahrnehmbar ist, kann für andere beeinflussen, wo sie hingehen, was sie zeigen oder ob sie sich öffentlich positionieren.

Warum ist die Problemlage nicht für alle gleich sichtbar?

Mehrere Interviews vergleichen die heutige Situation mit den 1990er Jahren. Rechtsextreme Jugendkulturen seien damals durch Kleidung, Auftreten und offene Auseinandersetzungen leichter erkennbar gewesen. Eine befragte Person erinnert sich:

„Früher sind auch viele mit Springerstiefel und Bomberjacke halt rumgerannt.“
(Person 9)

Eine andere berichtet, ihr werde häufig erzählt, „dass es früher hier ganz extrem war mit den Rechtsextremen“ (Person 1). Dieser historische Vergleich kann die heutige Wahrnehmung beeinflussen: Wenn Rechtsextremismus vor allem mit offen erkennbaren

Gruppen, Gewalt und eindeutigen Symbolen verbunden wird, können weniger sichtbare Erscheinungsformen leichter als vergleichsweise harmlos erscheinen.

Einige Interviewte nehmen heute abwertende Haltungen gegenüber bestimmten gesellschaftlichen Gruppen stärker in alltäglichen und sozial etablierten Zusammenhängen wahr. Andere begegnen solchen Situationen kaum und erleben die öffentliche Darstellung der Problemlage deshalb teilweise als überzogen. Auch überregionale Untersuchungen zeigen, dass gruppenbezogene Abwertungen nicht auf klar abgrenzbare extremistische Szenen beschränkt sind. Zugleich können uneindeutige oder ambivalente Einstellungen dazu beitragen, dass lokal unterschiedliche Einschätzungen darüber entstehen, wann eine Entwicklung als problematisch gilt.²⁹

Jugendliche erscheinen in diesem Zusammenhang weniger als Ursprung einer Problemlage denn als ein Bereich, in dem gesellschaftliche Entwicklungen sichtbar werden. Aus Schule und Jugendarbeit werden rechte Codes, Symbole und Abwertungen beschrieben; zugleich verweisen mehrere Befragte darauf, dass Einstellungen wesentlich aus Elternhäusern und dem gesellschaftlichen Umfeld mitgebracht werden. Eine Konzentration ausschließlich auf Jugendliche würde daher zu kurz greifen.

Wichtig bleibt eine weitere Unterscheidung: Wahlergebnisse, rechtsextreme Strukturen und konkrete abwertende oder gewalttätige Handlungen sind nicht dasselbe. Eine hohe Zustimmung zu einer Partei erlaubt keine pauschale Aussage über Motive oder Einstellungen jedes einzelnen Wählers. Umgekehrt bedeutet das Fehlen offen sichtbarer Gewalt nicht, dass Einschüchterung oder Abwertung im Alltag keine Rolle spielen.

Was geschieht, wenn Konflikte vermieden werden?

Eine auffällige Linie im Material ist der Versuch, politische Konflikte aus sozialen Beziehungen herauszuhalten. Mehrere Befragte berichten, mit Nachbarn, Freunden oder Familienmitgliedern bewusst nicht über bestimmte Themen zu sprechen.

Eine Person beschreibt dies sehr pragmatisch:

„Mit meinem Nachbarn rede ich auch nicht über Politik. Er wird mich nicht bekehren, ich werde ihn nicht bekehren. Und ansonsten sieht man zu, dass man ein ordentliches Nebeneinander hat.“

(Person 15)

Ähnlich berichtet eine andere befragte Person, politischen Diskussionen aus dem Weg zu gehen, „weil es oft zu Streitigkeiten kommt“. (Person 22) Selbst bei privaten Feiern wird Politik teilweise ausdrücklich ausgeklammert, um eine gute Stimmung zu bewahren.

Diese Strategie hat eine nachvollziehbare Funktion. In einer überschaubaren Stadt und besonders in kleineren Ortsteilen begegnen sich Menschen weiterhin als Nachbarn,

²⁹ Vgl. Mokros/Zick 2025, S. 125–153; Becker et al. 2021, S. 20–24.

Vereinsmitglieder, Kollegen oder Familienangehörige. Das bewusste Ausklammern politischer Differenzen kann diese Beziehungen stabilisieren und praktische Zusammenarbeit ermöglichen.

Gleichzeitig werden Konflikte dadurch nicht unbedingt bearbeitet. Im Material zeigt sich deshalb auch Rückzug: Menschen äußern sich weniger, meiden bestimmte Situationen oder ziehen sich aus Zusammenhängen zurück, wenn politische Auseinandersetzungen persönliche Beziehungen belasten oder mit Anfeindungen verbunden sind oder sein könnten. Was nach außen wie Konfliktfreiheit erscheint, bedeutet daher nicht zwangsläufig, dass Unterschiede verschwunden sind.

Auch Untersuchungen zur politischen Meinungsäußerung zeigen, dass erwartete oder erfahrene soziale Konsequenzen die Bereitschaft beeinflussen können, sich öffentlich oder im privaten Umfeld zu äußern. Für die vorliegende Analyse ist weniger entscheidend, welche politischen Positionen zurückgehalten werden, als der dahinterliegende Mechanismus: Wenn Äußerungen soziale Kosten verursachen können, wird Schweigen wahrscheinlicher.³⁰

Corona wird in einzelnen Interviews als Phase erinnert, in der solche Konfliktlinien besonders deutlich in alltägliche Beziehungen hineinreichten. Das Material erlaubt nicht, heutige Spannungen auf die Pandemie zurückzuführen. Es deutet jedoch darauf hin, dass bestehende Unterschiede in dieser Zeit besonders offen hervortraten. Auch Untersuchungen aus dem Bereich demokratischer Zivilgesellschaft beschreiben für die Pandemie eine Zunahme polarisierender Auseinandersetzungen und neue Überschneidungen politischer Protestmilieus.³¹

Wann wird schon die Benennung eines Problems zum Konflikt?

Besonders deutlich zeigt sich die lokale Konfliktodynamik in den Reaktionen auf den sogenannten Brandbrief der Bürgermeisterin. Bei dem später unter dieser Bezeichnung bekannt gewordenen Text handelte es sich ursprünglich um einen Beitrag in ihrer regelmäßig erscheinenden Kolumne im Amtsblatt, in dem sie rechtsextreme Vorfälle und Entwicklungen in Spremberg/Grodtk öffentlich thematisierte. In der weiteren öffentlichen und medialen Rezeption erhielt der Beitrag eine deutlich größere Bedeutung und wurde als „Brandbrief“ bezeichnet.

Die Interviews enthalten dazu sehr unterschiedliche Bewertungen. Einige Befragte beschreiben Erleichterung darüber, dass öffentlich ausgesprochen wurde, was sie schon länger wahrnahmen. Andere halten die Problemlage grundsätzlich für vorhanden, kritisieren aber Vorgehen, Ton oder fehlende Abstimmung. Wieder andere sehen die Darstellung als überzogen und sorgen sich um den Ruf der Stadt.

³⁰ Vgl. Traunmüller 2026, S. 2–3, 13–14.

³¹ Vgl. Becker et al. 2021, S. 42–43.

Eine Person bringt die Schwierigkeit auf eine prägnante Formel:

„Es ist ein ganz schmaler Grat zwischen etwas aufbauschen und damit verschlimmern [...] und unter den Teppich zu kehren.“

(Person 21)

Analytisch wichtiger als die Frage nach der „richtigen“ Bewertung des sogenannten Brandbriefs ist die dahinterliegende Spannung. Für die einen bedeutet Nichtbenennung Verharmlosung und lässt Betroffene allein. Für andere kann eine zugespitzte öffentliche Darstellung wie eine Pauschalisierung der gesamten Stadt wirken.

Hinzu kommt eine ausgeprägte Innen-Außen-Spannung. Mehrere Befragte ärgern sich darüber, wenn Spremberg/Grodtk von Medien oder Außenstehenden auf Rechtsextremismus reduziert wird. Diese Kritik ist nicht automatisch mit einer Leugnung der Problemlage gleichzusetzen:

„Es ist ja so ein Stückchen einfach die Realität in dieser Stadt. [...] Es ist natürlich nicht das ganze Bild.“

(Person 15)

Damit treffen zwei berechtigte Anliegen aufeinander: Rechtsextreme Entwicklungen dürfen nicht aus Sorge um das Stadtimage verschwiegen werden. Zugleich bildet ihre Darstellung nicht die gesamte soziale Wirklichkeit Sprembergs/Grodtk ab.

Problematisch wird diese Spannung dort, wo sich die Aufmerksamkeit von den geschilderten Vorfällen auf diejenigen verschiebt, die sie benennen. Mehrere Interviews berichten von persönlichen Angriffen oder Schuldzuweisungen gegenüber öffentlich Positionierten. Dann wird nicht mehr nur darüber gestritten, ob eine Problembeschreibung angemessen ist, sondern auch darüber, ob es legitim war, sie überhaupt öffentlich auszusprechen.

Wer trägt die sozialen Kosten einer Positionierung?

Dass politische Konflikte nicht für alle dieselben Folgen haben, wird besonders an den Erfahrungen sichtbar positionierter Personen deutlich. Im Material berichten Engagierte von Beschimpfungen, Bedrohungen und dem Abwägen öffentlicher Auftritte. Auch queere Jugendliche und Menschen, denen aufgrund von Hautfarbe oder Herkunft eine nichtdeutsche Zugehörigkeit zugeschrieben wird, sowie Arbeitsuchende werden als Gruppen genannt, für die bestimmte Situationen anders erlebt werden können.

Dabei geht es nicht ausschließlich um tatsächliche Gewalt. Bereits die Erwartung möglicher Reaktionen kann dazu führen, öffentliche Sichtbarkeit oder Positionierung einzuschränken. Dass Anfeindungen das Verhalten öffentlich engagierter Personen verändern können, zeigen auch aktuelle Untersuchungen. Beschrieben werden unter anderem Anpassungen der öffentlichen Kommunikation, weniger öffentliche Auftritte und Überlegungen, exponierte Funktionen nicht mehr zu übernehmen. Die Untersuchung konzentriert sich auf digitale Gewalt und ist nicht repräsentativ; ihre

Ergebnisse lassen sich daher nicht unmittelbar auf Spremberg/Grodtk übertragen. Sie stützen jedoch den im Interviewmaterial sichtbaren Zusammenhang zwischen Einschüchterung und Rückzug aus öffentlicher Positionierung.³²

Für Personen, die solche Erfahrungen nicht machen, bleibt dieser Mechanismus leicht unsichtbar. Die Aussage „Mir ist hier noch nie etwas passiert“ kann daher ebenso zutreffen wie die Erfahrung einer anderen Person, das eigene Verhalten aus Vorsicht anzupassen.

Besonders folgenreich wird dies für gesellschaftliches Engagement. Eine Person formuliert:

„Es braucht einfach mehr Menschen, die den Mund aufmachen [...] Also es reicht nicht, wenn nur eine Bürgermeisterin da sagt [...] ich muss irgendwie in Gruppen auftreten.“
(Person 1)

Wenn öffentliche Positionierung dauerhaft auf wenige exponierte Personen konzentriert bleibt, steigen deren persönliche Belastungen. Zugleich können offensiv auftretende Gruppen im öffentlichen Raum dominanter erscheinen, als es ihre tatsächliche Zahl nahelegt.

Die Interviews zeigen weder eine durchgehend rechtsextrem geprägte Stadtgesellschaft noch eine Problemlage, die sich auf einzelne spektakuläre Vorfälle reduzieren lässt. Sichtbar wird vielmehr ein Spektrum: von migrationsbezogenen und anderen Abwertungen im Alltag über Symbole und organisierte Präsenz bis hin zu Berichten über Einschüchterung und konkrete Angriffe. Wie stark dies wahrgenommen wird, hängt erheblich von persönlichen Erfahrungen, sozialen Beziehungen und der eigenen Sichtbarkeit ab.

Eine wichtige lokale Ressource liegt darin, dass Zusammenarbeit über politische Unterschiede hinweg vielfach weiterhin funktioniert. Nachbarn helfen einander, Vereine erfüllen ihre Aufgaben und persönliche Beziehungen bestehen auch dann fort, wenn politische Ansichten auseinandergehen. Diese pragmatische Konfliktvermeidung kann das alltägliche Zusammenleben stabilisieren.

Ihre Grenze ist dort erreicht, wo Schweigen oder Rückzug dazu führen, dass Abwertungen unwidersprochen bleiben oder Menschen die Kosten einer öffentlichen Positionierung allein tragen. Gesellschaftlicher Zusammenhalt bedeutet daher nicht, Konflikte möglichst unsichtbar zu halten. Entscheidend ist vielmehr, ob Unterschiede ausgetragen werden können, ohne dass Zugehörigkeit, Sicherheit oder die Möglichkeit zur Mitwirkung davon abhängen, lieber nichts zu sagen.

³² Vgl. HateAid/Koch/Voggenreiter/Steinert 2025, S. 5–6.

5. Zivilgesellschaftliches Engagement: Potenziale, Bedingungen und Grenzen

Zivilgesellschaftliches Engagement ist im Untersuchungsmaterial ausgesprochen präsent. Das ist zum Teil durch die Auswahl der Befragten bedingt: Viele der interviewten Personen sind selbst in Vereinen, Initiativen, Ortsteilen, sozialen Einrichtungen oder anderen Zusammenhängen aktiv. Aus dem Material lässt sich deshalb nicht ableiten, welcher Anteil der Spremberger Bevölkerung grundsätzlich zu Engagement bereit ist.

Sehr gut sichtbar werden jedoch die Strukturen, über die Engagement entsteht, welche Bedeutung es für das gesellschaftliche Leben besitzt und unter welchen Bedingungen Menschen bereit sind, sich einzubringen. Dabei zeigt sich ein breites Spektrum zwischen dauerhaftem Ehrenamt und punktueller Mithilfe und ein deutlicher Unterschied zwischen der Bereitschaft mitzumachen und der Bereitschaft, langfristig Verantwortung zu übernehmen.

5.1 Formen und Bedeutung zivilgesellschaftlichen Engagements

Engagement findet in Spremberg/Grodtk in sehr unterschiedlichen Zusammenhängen statt. Vereine, Feuerwehren, Dorfclubs, Kirchen und soziale Einrichtungen gehören ebenso dazu wie Ortsbeiräte, Kultur- und Sportangebote, Nachbarschaftshilfe, Wahlhilfe oder die Unterstützung einzelner Veranstaltungen und Projekte.

Mehrere Befragte beschreiben dieses Engagement nicht als ergänzendes Freizeitangebot, sondern als wesentliche Grundlage des gesellschaftlichen Lebens. Eine Person formuliert zugespitzt:

*„Wenn wir die nicht hätten, wäre die Stadt eine tote Stadt.“
(Person 21)*

Besonders deutlich wird diese Funktion in den Ortsteilen. Sportverein, Feuerwehr, Kirche, Dorfclub oder andere lokale Zusammenschlüsse übernehmen dort häufig mehrere Aufgaben gleichzeitig. Sie organisieren Feste, pflegen Traditionen, schaffen Freizeitangebote, halten Räume nutzbar und ermöglichen regelmäßige Begegnung. Teilweise wird deshalb sehr selbstverständlich beschrieben, dass Menschen in kleineren Orten mehrere Funktionen gleichzeitig übernehmen.

Engagement ist dabei nicht auf formale Vereinsmitgliedschaft beschränkt. Im Material finden sich ebenso Fahrdienste, Unterstützung bei Festen, gegenseitige Hilfe, die Begleitung von Kindern und Jugendlichen oder kurzfristige Arbeitseinsätze. Eine Befragte beschreibt diese niedrigschwellige Form anschaulich:

*„Oder auch mal beim Dorffest aushelfen. Und wenn es bloß Kaffee kochen ist und Tische decken [...] Hauptsache, es macht Spaß. Und nette Leute.“
(Person 27)*

Gerade solche Beiträge sind für das Funktionieren lokaler Gemeinschaften wichtig, tauchen aber nicht unbedingt in Mitgliederzahlen oder Ehrenamtsstatistiken auf. Diese Vielfalt entspricht auch dem überregionalen Bild freiwilligen Engagements. Der aktuelle Deutsche Freiwilligensurvey berücksichtigt neben klassischen Bereichen wie Sport, Kultur, Sozialem, Kirche oder Feuerwehr ausdrücklich auch Nachbarschaftshilfe, Initiativen, Projektarbeit und selbstorganisierte Gruppen. Freiwilliges Engagement ist damit deutlich breiter als die Übernahme eines formalen Ehrenamtes oder eine Vereinsmitgliedschaft.³³

Hinzu kommen Formen des Engagements, die stärker auf ein konkretes gesellschaftliches Anliegen gerichtet sind: Unterstützung Geflüchteter, Jugendarbeit, kulturelle Projekte, politische Initiativen oder die Organisation neuer Begegnungsangebote. Auch Schulen, Kirchen oder soziale Einrichtungen können dafür Räume und Ressourcen bereitstellen.

Eine wichtige Vermittlungsfunktion übernimmt die Freiwilligenagentur. Sie kann Menschen, die Zeit und Interesse haben, mit passenden Tätigkeiten zusammenbringen. Zugleich zeigt das Material, dass auch eine solche zentrale Stelle nicht die gesamte Engagementlandschaft überblicken kann. Viele Aktivitäten entstehen informell, über persönliche Kontakte oder unabhängig von größeren Institutionen.

Das gesellschaftliche Leben wird damit von einem vielfältigen Nebeneinander aus etablierten Vereinen, institutionell angebundenem Ehrenamt und informeller Eigeninitiative getragen.

Viel Aktivität – aber häufig personengebunden

Auffällig ist zugleich, wie häufig Veranstaltungen und Angebote mit einzelnen Personen verbunden werden. Maskenball, Dorffest, Kulturangebote oder neue Projekte entstehen im Material immer wieder deshalb, weil jemand eine Idee aufgreift und beginnt, sie umzusetzen.

Eine Person beschreibt für einen Ortsteil:

*„Es ist alles durch Einzelpersonen entstanden, die sich dann [...] zusammengetan haben.“
(Person 23)*

Darin liegt eine erhebliche Stärke. Ideen können schnell entstehen und mit überschaubaren Mitteln umgesetzt werden. Gleichzeitig macht diese Form Engagement verletzlich. Fällt eine zentrale Person aus, gibt es nicht automatisch eine Struktur, die ihre Aufgabe übernimmt.

Auch Vereine sind deshalb nicht allein anhand ihrer Mitgliederzahlen zu beurteilen. Ein Verein kann viele Mitglieder besitzen, während Organisation und Verantwortung auf

³³ Vgl. Fritzsche et al. 2025, S. 24, 34–35.

wenigen Personen liegen. Dass Mitgliedschaft und tatsächlich aktive Mitarbeit nicht gleichzusetzen sind, zeigen auch bundesweite Organisationsdaten. Viele zivilgesellschaftliche Organisationen werden von vergleichsweise kleinen aktiven Kernen getragen; im ZiviZ-Survey 2023 verfügt knapp die Hälfte der befragten Organisationen über höchstens zehn regelmäßig Engagierte.³⁴

Für die Analyse ist daher weniger entscheidend, wie viele Vereine oder Initiativen formal existieren, sondern wie breit Verantwortung innerhalb dieser Strukturen verteilt ist.

5.2 Zugänge und Motivation

Die Interviews legen nahe, dass Engagement selten mit dem abstrakten Entschluss beginnt, ein Ehrenamt übernehmen zu wollen. Häufiger entsteht es über persönliche Beziehungen, konkrete Situationen und Aufgaben, bei denen jemand merkt, dass die eigene Unterstützung gebraucht wird.

Eine Person beschreibt diesen Prozess als Hineinwachsen:

„Dieses direkt in ein Ehrenamt reinkommen ist, glaube ich, sehr, sehr selten. [...] Man wächst halt in so eine Struktur hinein.“
(Person 21)

Familie, Freunde, Verein, Kinder, Nachbarschaft oder bereits bestehende Kontakte schaffen solche Einstiege. Wer von klein auf erlebt hat, dass Eltern oder Großeltern in Feuerwehr, Verein oder Dorfgemeinschaft aktiv sind, kennt entsprechende Strukturen und Rollen bereits. Für andere müssen diese Zugänge erst hergestellt werden.

Persönliche Ansprache und konkrete Aufgaben erleichtern den Einstieg

Besonders deutlich ist im Material die Bedeutung persönlicher Ansprache. Allgemeine Aufrufe erreichen zwar einzelne Personen, deutlich wirksamer erscheint jedoch häufig die direkte Frage: Kannst du das übernehmen? Komm doch einmal mit?

Eine Akteurin beschreibt das sehr pragmatisch:

„Jemand muss erstmal sagen: Ey du, das ist vielleicht doch nicht so schlecht.“
(Person 31)

Auch bundesweite Untersuchungen beschreiben soziale Netzwerke als wichtigen Weg ins Engagement. Familie, Freunde und Bekannte, aber auch bereits verantwortliche Personen geben häufig den Anstoß. Informations- und Kontaktstellen können besonders für Menschen außerhalb bestehender Netzwerke eine Vermittlungsfunktion übernehmen.³⁵

³⁴ Vgl. Schubert/Kuhn/Tahmaz 2023, S. 30–32.

³⁵ Vgl. Deutscher Bundestag 2024, S. 85, 110–111.

Darin liegt zugleich eine Zugangsschwelle: Wer bereits eingebunden ist, wird leichter gefragt. Menschen außerhalb etablierter Kreise müssen eher selbst aktiv werden oder benötigen andere Brücken ins Engagement.

Ebenso wichtig ist die Überschaubarkeit einer Aufgabe. Das Material unterscheidet deutlich zwischen der Bereitschaft, bei einem konkreten Vorhaben mitzuhelfen, und der Übernahme einer offenen, dauerhaften Funktion.

Eine Befragte fasst dies zusammen:

„Mitmachen wollen viele ja. [...] Aber dieses, den Hut auf haben, das ...“
(Person 31)

Bei zeitlich begrenzten Aufgaben wie Dorffesten, Arbeitseinsätzen oder einzelnen Veranstaltungen lassen sich Menschen teilweise gut mobilisieren. Schwieriger wird es, wenn eine Aufgabe dauerhaft organisiert und verantwortet werden muss.

Eine befragte Person beschreibt entsprechend eine Art Aktivierungsschwelle:

„Wenn du das konkrete Angebot hast, haben wir immer die Erfahrung gemacht: Kommen Menschen und helfen gern. Aber es braucht immer so einen Initiator.“
(Person 11)

Für Engagement scheint damit wichtig, dass Ziel, Aufgabe und zeitlicher Rahmen erkennbar sind. Auch Untersuchungen zur Gewinnung und Bindung Engagierter betonen die Bedeutung einer guten Passung zwischen Person und Tätigkeit sowie klar beschriebener Aufgaben.³⁶

Engagement kann Zugehörigkeit und Wirksamkeit schaffen

Engagement wird im Material zugleich nicht nur als Leistung für andere beschrieben. Es kann Beziehungen schaffen, Alltag strukturieren und das Gefühl vermitteln, gebraucht zu werden.

Eine Person begann beispielsweise mit ehrenamtlicher Tätigkeit, weil sie nach einer Phase zu Hause wieder Kontakte außerhalb des eigenen Grundstücks suchte:

„Ich muss irgendwas machen, um bei mir vom Hof runterzukommen, um was anderes zu haben.“
(Person 30)

Andere beschreiben Engagement als Möglichkeit, neue Menschen kennenzulernen, etwas Sinnvolles zu tun oder dem eigenen Ort etwas zurückzugeben. Aus der Freiwilligenagentur wird etwa von Personen berichtet, die ausdrücklich sagen:

„Uns geht es schon gut und jetzt möchte ich mal was zurückgeben.“
(Person 23)

³⁶ Vgl. Hergert/Schnell 2026, S. 42–44.

Auch Selbstwirksamkeit spielt eine Rolle. Befragte beschreiben die Befriedigung, unmittelbar zu erleben, dass der eigene Einsatz etwas bewirkt. Der Vierte Engagementbericht verweist ebenfalls auf Anerkennung, soziale Beziehungen und die Erfahrung von Wirksamkeit als wichtige mögliche Erträge freiwilligen Engagements.³⁷

Gerade für Zugezogene kann Engagement zugleich ein Weg in die lokale Gemeinschaft sein. Zugehörigkeit fördert damit nicht nur Engagement; Engagement kann umgekehrt auch Zugehörigkeit herstellen.

Dabei sollte freiwillige Tätigkeit nicht moralisch überhöht werden. Menschen verfügen je nach Lebensphase über unterschiedliche zeitliche, gesundheitliche und soziale Ressourcen. Wer sich nicht engagiert, ist deshalb nicht automatisch desinteressiert oder weniger mit seinem Ort verbunden.

Anerkennung wirkt, wenn Engagement ernst genommen wird

Mehrere Befragte bewerten Formen öffentlicher Würdigung wie den Spremberger Tag des Ehrenamtes positiv. Eine langjährig engagierte Person sagt:

*„Da denke ich immer, ich habe es mir auch verdient.“
(Person 27)*

Anerkennung besteht jedoch nicht nur aus Auszeichnungen. Ebenso wichtig sind Rückmeldungen, sichtbare Ergebnisse und die Erfahrung, mit dem eigenen Einsatz ernst genommen zu werden. Gerade das Gegenteil kann Motivation schwächen:

*„Wenn ich dann merke, das, was einem wichtig ist oder was man so vorschlägt [...] wird nicht angenommen, dann hatte ich keine Lust mehr.“
(Person 1)*

Menschen müssen nicht für jeden Einsatz ausgezeichnet werden. Entscheidend ist vielmehr, dass ihre Zeit nicht als selbstverständlich behandelt wird und sie eine Wirkung ihres Beitrags erkennen können.

Die Interviews zeigen, dass Engagement besonders dort entsteht, wo persönliche Ansprache, konkrete Aufgaben, soziale Einbindung und sichtbare Wirksamkeit zusammenkommen. Die Bereitschaft zum Mitmachen ist dabei breiter als die Bereitschaft, dauerhaft Verantwortung zu übernehmen.

Genau diese Unterscheidung ist für das folgende Kapitel wichtig: Nicht allein die Motivation entscheidet darüber, ob Menschen sich engagieren, sondern auch die Bedingungen, unter denen freiwillige Verantwortung übernommen werden soll.

³⁷ Vgl. Deutscher Bundestag 2024, S. 37.

5.3 Bedingungen und Grenzen

Die Interviews zeigen eine hohe Bereitschaft zur Mitwirkung, sobald Aufgaben konkret und überschaubar sind. Gleichzeitig findet Engagement unter Bedingungen statt, die nicht beliebig ausweitbar sind. Zeit, familiäre und berufliche Verpflichtungen, bürokratische Anforderungen und die dauerhafte Übernahme von Verantwortung begrenzen, was Einzelne leisten können.

Gerade weil viele aktive Personen mehrere Rollen gleichzeitig übernehmen, entsteht ein Spannungsverhältnis. Zahlreiche Angebote funktionieren nur durch persönlichen Einsatz. Diese starke Abhängigkeit von wenigen Engagierten kann jedoch die langfristige Stabilität der Angebote gefährden.

Dauerhafte Verantwortung und bürokratische Belastungen

Mehrere Befragte beschreiben, dass sich in unterschiedlichen Zusammenhängen häufig dieselben Personen wiederfinden. Dahinter steht nicht zwingend ein Mangel an Menschen, die grundsätzlich mithelfen würden. Schwieriger ist vielmehr die dauerhafte Übernahme von Organisation und Verantwortung.

Vorstandsarbeit, Veranstaltungsorganisation oder die Leitung eines Vereins bringen Aufgaben mit sich, die über die eigentliche inhaltliche Tätigkeit hinausgehen: Termine koordinieren, Anträge stellen, Finanzen verwalten und rechtliche Vorgaben einhalten. Auch bundesweite Untersuchungen zur kommunalen Engagementförderung beschreiben insbesondere die Besetzung langfristiger Leitungs- und Vorstandspositionen als Herausforderung.³⁸

Für bereits stark Engagierte entstehen dadurch Grenzen:

*„Mein Mann und ich, wir haben gar nicht mehr die Zeit und Kraft.“
(Person 39)*

Besonders verletzlich werden Strukturen dort, wo Wissen und Verantwortung stark an einzelne Personen gebunden sind. Wenn langjährig Engagierte ausscheiden, können mit ihnen auch Kontakte und Erfahrungswissen verloren gehen. Eine Befragte, die eine langjährig ausgeübte Rolle perspektivisch weitergeben möchte, beschreibt:

*„Ich muss ja auch ans Aufhören denken. [...] Das muss auch eine Person sein, der ich vertraue.“
(Person 24)*

Nachfolge ist deshalb nicht nur eine Frage danach, jemanden Neues zu finden. Wissen und Verantwortung müssen möglichst schrittweise weitergegeben werden können.

³⁸ Vgl. Kribbel/Richter 2024, S. 16–18.

Ein deutlicher Belastungsfaktor sind administrative Anforderungen. Diese werden im Material nicht grundsätzlich als unnötig dargestellt. Kritisiert wird vielmehr das Verhältnis zwischen Umfang einer Aufgabe und dem dafür notwendigen Aufwand.

Eine in einem kleinen Dorfverein aktive Person berichtet etwa von Steuererklärungen, Transparenzregister, Rundfunkbeitrag und wiederholt zu beantragenden Freistellungen:

*„Ich bin auch Vorstand in einem Verein und das ist eine enorme Arbeit.“
(Person 32)*

An anderer Stelle bringt dieselbe Person die Folgen zugespitzt auf den Punkt:

*„Ich bin überlastet, ich habe keine Zeit mehr. Und ein Teil ist dieser Bürokratismus davon.“
(Person 32)*

Auch bundesweite Organisationsdaten zeigen, dass administrative Anforderungen insbesondere bei ehrenamtlichen Leitungsfunktionen erheblich ins Gewicht fallen.³⁹ Gewünscht werden daher weniger komplizierte Verfahren, erreichbare Ansprechpartner und ein Aufwand, der in einem angemessenen Verhältnis zur Größe des Vorhabens steht.

Es geht dabei nicht um ein regelungsfreies Ehrenamt. Entscheidend ist die Verhältnismäßigkeit: Gerade bei kleinen Vorhaben können komplizierte Verfahren darüber entscheiden, ob eine Idee überhaupt umgesetzt wird.

Engagement hängt von der Lebensphase ab

Nicht alle Menschen verfügen über dieselben zeitlichen, gesundheitlichen und sozialen Möglichkeiten, Verantwortung zu übernehmen. Erwerbsarbeit, Kinder, Pflege von Angehörigen, gesundheitliche Einschränkungen oder lange Wege können den verfügbaren Spielraum erheblich begrenzen.

Das ist wichtig für die Bewertung vermeintlich fehlender Beteiligung. Auch der Vierte Engagementbericht weist darauf hin, dass Möglichkeiten zum Engagement stark von Lebensphase und verfügbaren Ressourcen abhängen. Unterschiede in tatsächlicher Beteiligung lassen sich deshalb nicht ohne Weiteres als Unterschiede im Interesse am Gemeinwesen interpretieren.⁴⁰

Umgekehrt können sich in anderen Lebensphasen neue Spielräume eröffnen. Gerade nach dem Ende der Erwerbsarbeit entstehen teilweise Zeit und Interesse für neue Aufgaben. Auch diese Ressource ist jedoch nicht unbegrenzt: Mit zunehmendem Alter können gesundheitliche Einschränkungen die Möglichkeiten wiederum reduzieren.

Die Frage nach Nachwuchs im Ehrenamt ist daher nicht ausschließlich eine Generationenfrage. Ebenso entscheidend ist, ob Engagementformen zu

³⁹ Vgl. Schubert/Kuhn/Tahmaz 2023, S. 62.

⁴⁰ Vgl. Deutscher Bundestag 2024, S. 49.

unterschiedlichen Lebensrealitäten passen und auch zeitlich begrenzte Beteiligung ermöglichen.

Was passiert, wenn Engagement keine Wirkung mehr erkennen lässt?

Neben Zeit und Aufwand spielt die Erfahrung von Wirksamkeit eine zentrale Rolle. Gerade langjährig engagierte Personen berichten von Frustration, wenn viel gesprochen, geplant und vorgeschlagen wird, ohne dass anschließend eine sichtbare Veränderung entsteht.

Eine Befragte beschreibt einen solchen Moment sehr offen:

„Wo ich überlege: Bringt das noch was? Wir reden und sitzen und debattieren [...] und was kommt raus? Nichts.“
(Person 24)

Bemerkenswert ist, dass sie unmittelbar hinzufügt, trotzdem nicht aufgeben zu wollen. Gerade darin zeigt sich jedoch, wie fragil dauerhaftes Engagement werden kann. Motivation setzt nicht voraus, dass jeder Vorschlag umgesetzt wird. Bleibt über längere Zeit aber unklar, was aus dem eigenen Einsatz folgt, kann Beteiligung ihren Sinn verlieren.

Damit schließt der Befund an Kapitel 4.4 an: Rückkopplung beeinflusst nicht nur das Vertrauen in kommunale Kommunikation, sondern auch die Bereitschaft, weiterhin Zeit und Verantwortung einzubringen.

Wo endet Ehrenamt und wo beginnt öffentliche Verantwortung?

Eine weitere Spannung betrifft die Erwartungen an bürgerschaftliches Engagement selbst. Im Material gibt es zahlreiche Beispiele dafür, dass Menschen bereit sind, Aufgaben gemeinschaftlich zu übernehmen. Gleichzeitig wird davor gewarnt, strukturelle Aufgaben der Daseinsvorsorge selbstverständlich auf Ehrenamtliche zu verlagern.

Anschaulich wird dies in einer Diskussion über die Pflege einer gewünschten Streuobstwiese. Die befragte Person könnte sich vorstellen, Bäume zu wässern oder bei der Pflege zu helfen, zieht aber eine klare Grenze:

„Klar kann man Patenschaften, Unterstützung aus den Bürgern mitnehmen, aber man sollte so was nicht komplett auslagern.“
(Person 32)

Auch Untersuchungen der organisierten Zivilgesellschaft verweisen auf Grenzen bürgerschaftlicher Selbstorganisation hinsichtlich Belastbarkeit, langfristiger Stabilität und verlässlicher Qualität.⁴¹

⁴¹ Vgl. Schubert/Kuhn/Tahmaz 2023, S. 61–62.

Gerade in den Ortsteilen ist diese Unterscheidung bedeutsam, weil dort bereits viele gemeinschaftliche Aufgaben in Eigenleistung organisiert werden. Starke Selbstorganisation ist eine Ressource. Sie sollte jedoch nicht dazu führen, dass funktionierenden Gemeinschaften immer weitere Aufgaben übertragen werden.

Wenn Engagement persönliche Kosten verursacht

Schließlich können gesellschaftliche Konflikte die Bereitschaft zum Engagement begrenzen. Wie in Kapitel 4.6 gezeigt, berichten einzelne sichtbar positionierte Personen von Anfeindungen, Bedrohungen oder davon, öffentliche Auftritte abzuwägen. Eine befragte Person verweist darauf, dass auch das Ansehen derjenigen gelitten habe, „die sich da engagieren und ihren Kopf hinhalten“ (Person 23).

Engagement kostet damit in konfliktbehafteten Feldern nicht nur Zeit. Es kann auch soziale und persönliche Belastungen mit sich bringen. Rückzug muss deshalb nicht Ausdruck mangelnden Interesses sein, sondern kann eine Reaktion auf wiederholte Anfeindungen oder Überlastung darstellen.⁴²

Für eine dauerhaft aktive Zivilgesellschaft ist daher nicht allein wichtig, neue Engagierte zu gewinnen. Ebenso bedeutsam ist es, diejenigen zu entlasten und zu unterstützen, die bereits Verantwortung tragen.

Die Interviews sprechen weniger für einen Mangel an Engagementbereitschaft als für ein Problem dauerhafter Tragfähigkeit. Für konkrete Aufgaben lassen sich Menschen durchaus gewinnen; schwieriger ist es, langfristig Organisation, Verantwortung und administrative Pflichten zu übernehmen.

Die zentrale Herausforderung besteht deshalb nicht darin, Menschen allgemein zu „mehr Ehrenamt“ aufzufordern. Engagement muss vielmehr so organisiert sein, dass Verantwortung geteilt werden kann, unterschiedliche Formen der Beteiligung möglich bleiben und freiwilliger Einsatz nicht dauerhaft verlässliche professionelle oder kommunale Strukturen ersetzt.

Engagementbereitschaft und Potenzial

Wie stark die Engagementbereitschaft in der Bevölkerung insgesamt ausgeprägt ist, lässt sich auf Grundlage der Interviews nicht quantifizieren. Die Stichprobe umfasst überdurchschnittlich viele bereits engagierte oder institutionell eingebundene Personen. Aussagen über einen Bevölkerungsanteil wären deshalb nicht belastbar.

Qualitativ spricht das Material jedoch nicht für einen generellen Mangel an Bereitschaft. Mehrfach wird berichtet, dass sich Menschen für konkrete Veranstaltungen, Projekte oder zeitlich überschaubare Aufgaben gewinnen lassen. Deutlich schwieriger ist die

⁴² Vgl. HateAid/Koch/Voggenreiter/Steinert 2025, S. 5–6.

dauerhafte Übernahme von Organisation, Ämtern und Verantwortung. Diese Unterscheidung findet sich auch bundesweit. Nicht engagiert zu sein bedeutet nicht automatisch, grundsätzlich kein Interesse an Engagement zu haben. Im Deutschen Freiwilligensurvey 2024 können sich 41 Prozent der aktuell nicht Engagierten vorstellen, innerhalb der kommenden zwölf Monate ein freiwilliges Engagement aufzunehmen.⁴³

Für Spremberg/Grodtk lässt sich daher weniger eine bestimmte „Höhe“ der Engagementbereitschaft feststellen als deren Bedingtheit. Ob vorhandenes Interesse tatsächlich in Beteiligung übergeht, hängt unter anderem davon ab, ob Aufgaben erreichbar und überschaubar sind, Menschen angesprochen werden und sie ihren Einsatz als sinnvoll und wirksam erleben. Auch Zeitressourcen und Zugänge zu bestehenden Netzwerken beeinflussen die tatsächliche Beteiligung.⁴⁴

Für die zweite Fragestellung der Sozialraumanalyse lässt sich damit festhalten: In Spremberg/Grodtk ist erkennbares Potenzial für zivilgesellschaftliche Mitwirkung vorhanden. Die größere Herausforderung liegt nicht allein darin, Menschen zum Engagement zu bewegen, sondern passende Zugänge zu schaffen und dauerhafte Verantwortung so zu organisieren, dass sie nicht auf wenige Personen konzentriert bleibt.

6. Handlungsfelder und Ansatzpunkte

Die Interviews enthalten zahlreiche konkrete Ideen und Lösungsvorschläge. Für die folgenden Handlungsfelder wurden diese mit den übergreifenden Befunden der Sozialraumanalyse zusammengeführt. Nicht jeder Vorschlag ist gleichermaßen umsetzbar oder kommunal steuerbar; zugleich zeigt sich, dass vielerorts nicht zwingend neue Angebote benötigt werden. Häufig geht es darum, Vorhandenes besser zu verbinden, leichter zugänglich zu machen und verlässlich zu unterstützen.

Die Ansatzpunkte richten sich daher je nach Thema an Stadtverwaltung, kommunale Unternehmen, soziale Träger, Vereine, Ortsteile oder mehrere Akteure gemeinsam.

6.1 Angebote, Informationen und Ansprechpartner leichter zugänglich machen

Spremberg/Grodtk verfügt über zahlreiche Angebote, Einrichtungen und engagierte Akteure. Wiederholt zeigt sich jedoch ein Zugangsproblem. Ein vorhandenes Angebot wird nicht automatisch wahrgenommen oder genutzt. Informationen verteilen sich auf Internetseiten, soziale Medien, Aushänge, Einrichtungen und persönliche Netzwerke.

⁴³ Vgl. Fritzsche et al. 2025, S. 14–15.

⁴⁴ Vgl. Deutscher Bundestag 2024, S. 49–53.

Besonders für Menschen außerhalb bereits gut vernetzter Kreise kann dadurch schwer erkennbar sein, was es gibt und an wen sie sich wenden können.

Eine Befragte wünscht sich deshalb eine stärkere Bündelung:

„Es wäre halt sinnvoller, wenn man eine zentrale Plattform hat, wo man weiß, da guckt man jetzt drauf und da steht es definitiv drin.“

(Person 7)

Diese Verbindung aus zentraler Orientierung und unterschiedlichen Zugangswegen entspricht auch Befunden zur kommunalen Kommunikationsinfrastruktur:

Entscheidend ist weniger ein einzelner Kanal als ein verlässliches Zusammenspiel verschiedener Informations- und Kontaktwege.⁴⁵

Andere Vorschläge gehen darüber hinaus. Angebote könnten über Schulen, Kitas, Vereine und soziale Einrichtungen stärker direkt zu den jeweiligen Zielgruppen getragen werden. Informationen sollten dabei nicht nur nennen, dass etwas existiert, sondern auch Hemmschwellen abbauen, etwa indem sichtbar wird, wo ein Angebot stattfindet, für wen es gedacht ist und wer dort Ansprechpartner ist.

Was lässt sich daraus ableiten?

Sinnvoll erscheint weniger ein weiterer zusätzlicher Informationskanal als eine verlässliche Bündelung vorhandener Informationen. Eine zentrale Übersicht über Angebote, Veranstaltungen, Ansprechpartner und Zugangswege könnte dafür die Grundlage bilden. Entscheidend wären Aktualität und eine klare Zuständigkeit für die Pflege.

Diese Informationen sollten anschließend über verschiedene bestehende Wege verbreitet werden. Digital erreichbare Personen benötigen andere Zugänge als Menschen, die eher über Schulen, Vereine, soziale Einrichtungen, das Amtsblatt oder persönliche Kontakte erreicht werden.

Auch bei Ansprechpartnern muss nicht für jedes Thema eine neue Stelle entstehen. Wichtiger ist eine erkennbare Lotsenfunktion. Wer mit einem Anliegen an die falsche Stelle gelangt, sollte zuverlässig weitervermittelt werden.

Der Ansatzpunkt lautet damit: Nicht unbedingt mehr Angebote schaffen, sondern vorhandene Möglichkeiten leichter auffindbar, verständlich und erreichbar machen.

6.2 Öffentliche und gemeinschaftliche Räume aktivieren

Spremborg/Grodtk verfügt über zahlreiche öffentliche und gemeinschaftlich nutzbare Orte. Entscheidend ist jedoch nicht allein, dass ein Platz, Park oder Raum vorhanden ist.

⁴⁵ Vgl. Lobeck/Wiegandt 2023, S. 34–37.

Die Befunde aus Kapitel 4.2 zeigen vielmehr, dass Begegnung vor allem dort entsteht, wo Menschen einen Anlass haben, sich aufzuhalten und wiederzukommen.

Auch die Lösungsvorschläge der Befragten setzen häufig genau hier an. Gewünscht werden weniger große Neubauten als Möglichkeiten, vorhandene Orte stärker zu beleben. Für den Stadtpark werden beispielsweise kleine Musikangebote, Sitzgelegenheiten oder ein temporäres, mobiles gastronomisches Angebot vorgeschlagen. Eine Befragte beschreibt ihre Vorstellung:

„Da ein Kaffeewagen [...] und da ein Musikschüler. [...] Dann ein paar Stühle hin und dann bei schönem Wetter.“
(Person 24)

Auch der Marktplatz wird als Ort genannt, der außerhalb größerer Veranstaltungen wie dem Heimatfest stärker genutzt werden könnte. Andere Vorschläge beziehen sich auf Leerstände, die zeitweise für Ausstellungen, Kultur oder Begegnung geöffnet werden könnten.

Gleichzeitig zeigt sich ein Bedarf an niedrigschwelligen Orten, die auch ohne Konsumzwang und bei schlechtem Wetter genutzt werden können. Gerade für Jugendliche und Menschen, die keinen Zugang zu Vereinen oder etablierten Einrichtungen haben, fehlen teilweise solche offenen Gelegenheiten.

Was lässt sich daraus ableiten?

Ein Schwerpunkt sollte darauf liegen, vorhandene Räume mit Nutzung zu verbinden, statt zunächst neue Räume zu schaffen. Kleine, wiederkehrende Anlässe können dabei wirksamer sein als einzelne große Veranstaltungen. Musik, Bewegung, kleine Kulturangebote, gemeinschaftliche Aktivitäten oder zeitweise gastronomische Angebote können dazu beitragen, dass öffentliche Orte regelmäßig genutzt werden.

Ebenso bieten sich zeitlich begrenzte Erprobungen an. Leerstände oder vorhandene Räume könnten beispielsweise zunächst für einzelne Wochen oder Veranstaltungen geöffnet werden. So lässt sich feststellen, ob tatsächlich Nachfrage besteht, bevor dauerhafte Strukturen geschaffen werden.

Für Jugendliche können zusätzlich mobile oder aufsuchende Angebote sinnvoll sein. In einem Interview wird etwa das Beispiel eines mobilen Jugendtreffs genannt, der mit Sitzgelegenheiten und Getränken auf vorhandene Sport- oder Freizeitflächen, wie den Skaterpark fährt und dort zunächst einfach Präsenz herstellt. Auch hier gilt das Prinzip: Nicht ausschließlich erwarten, dass Menschen bestehende Einrichtungen aufsuchen, sondern Angebote zeitweise dorthin bringen, wo sie sich ohnehin aufhalten.

Daneben können bereits kleine bauliche und gestalterische Verbesserungen Wirkung entfalten, etwa gut nutzbare Sitzmöglichkeiten, Schatten, erreichbare Toiletten oder sichere und angenehme Aufenthaltsbereiche.

Der Ansatzpunkt lautet damit: Öffentliche Räume nicht nur bereitstellen, sondern durch wiederkehrende, niedrigschwellige Nutzungsanlässe zu tatsächlichen Begegnungsorten machen.

6.3 Beteiligung und Vernetzung näher an den Alltag bringen

In Spremberg/Grodtk bestehen bereits verschiedene Beteiligungs- und Austauschformate. Gleichzeitig erreichen offene Einladungen häufig vor allem Personen, die ohnehin engagiert und gut vernetzt sind. Mehrere Vorschläge der Befragten zielen deshalb darauf, Beteiligung stärker dorthin zu bringen, wo Menschen sich bereits aufhalten.

Genannt werden etwa persönliche oder zufallsbasierte Einladungen sowie Gespräche bei bestehenden Veranstaltungen. Besonders anschaulich ist die Idee einer „Beteiligungstour durch die Kleingärten“ (Person 15). Dahinter steht ein übertragbares Prinzip: Nicht ausschließlich darauf warten, dass Menschen institutionelle Gesprächsräume aufsuchen, sondern bestehende soziale Orte und Alltagsroutinen nutzen.

Auch zwischen Vereinen, sozialen Einrichtungen, Schulen und anderen Akteuren wird mehr Austausch gewünscht:

*„Dass nicht immer jeder Träger, jeder Verein [...] sein eigenes Süppchen kocht, sondern dass Vernetzungstreffen stattfinden.“
(Person 16)*

Solche Treffen erscheinen jedoch vor allem dann sinnvoll, wenn sie an konkreten Themen und gemeinsamen Aufgaben ausgerichtet sind. Zusätzliche Gesprächsrunden ohne klaren Zweck oder erkennbare Weiterarbeit würden eher jene Strukturen verstärken, die in den Interviews bereits als wenig wirksam beschrieben werden.

Was lässt sich daraus ableiten?

Beteiligung sollte stärker an bestehende Gelegenheiten angekoppelt werden: Stadt- und Ortsteilfeste, Vereinsaktivitäten, Schulen, Markttage, Kleingartenanlagen oder andere regelmäßig genutzte Orte können Möglichkeiten bieten, Menschen außerhalb der üblichen Beteiligungskreise anzusprechen. Bei wichtigen Fragestellungen können offene Formate zudem durch gezielte persönliche oder zufallsbasierte Einladungen ergänzt werden.

Für die Vernetzung lokaler Akteure gilt Ähnliches. Sinnvoll erscheinen eher themenbezogene, arbeitsorientierte Treffen mit klarer Fragestellung und anschließendem Rücklauf als zusätzliche allgemeine Netzwerkrunden. Gerade zwischen Einrichtungen, die ähnliche Zielgruppen erreichen, können konkrete Kooperationen helfen, vorhandene Ressourcen besser zu nutzen.

Ortsteile verlässlich einbinden

Besonderer Handlungsbedarf zeigt sich bei der Verbindung zwischen Ortsteilen und Stadtverwaltung. Mit den Sitzungen der Ortsbeiräte, dem Sitzungsdienst und der grundsätzlich jährlich vorgesehenen Ortsteilbereisung bestehen bereits verschiedene Austauschwege. Nach den Schilderungen aus den Interviews funktionieren diese jedoch nicht immer verlässlich. Bereisungen finden teilweise unregelmäßig statt, der Sitzungsdienst verfügt nur begrenzt über weiterführende Informationen und Ortsvorsteher müssen relevante Entwicklungen mitunter selbst aus verschiedenen kommunalen Informationswegen zusammensuchen.

„Die Einbindung des Ortsbeirats in die kommunalen Tätigkeiten [...] ist nicht so, wie wir uns das als Ortsbeirat wünschen.“

(Person 28)

Der zentrale Ansatzpunkt wäre deshalb weniger ein weiteres Beteiligungsformat als eine Umkehr der Informationslogik. Wenn Planungen oder Entscheidungen einen Ortsteil unmittelbar betreffen, sollten Ortsvorsteher aktiv und frühzeitig informiert werden, statt die entsprechenden Informationen selbst suchen zu müssen.

Wie diese Rückkopplung praktisch organisiert wird, kann gemeinsam mit den Ortsbeiräten entschieden werden. Denkbar wären etwa ein regelmäßiger kurzer digitaler Austausch, ein kompaktes Rundschreiben oder eine direkte Information per E-Mail, wenn ein Thema nicht bis zur nächsten Ortsbeiratssitzung warten sollte. Auch der Sitzungsdienst könnte hier stärker als Vermittlungsstelle genutzt werden, sofern er selbst zuverlässig mit den notwendigen Informationen versorgt wird.

Die Ortsteilbereisungen sollten daneben möglichst verlässlich stattfinden und ausdrücklich auch der Information, Beziehungspflege und Anerkennung dienen, nicht erst dann, wenn ein akutes Problem vorliegt.

6.4 Engagement erleichtern und Verantwortung absichern

Die Befunde sprechen weniger für einen generellen Mangel an Engagementbereitschaft als für Schwierigkeiten dort, wo dauerhaft Verantwortung übernommen werden muss. Bürokratische Anforderungen, Veranstaltungsorganisation und die Konzentration von Aufgaben auf wenige Personen können vorhandene Motivation zusätzlich belasten.

Ein Befragter beschreibt dies am Beispiel ehrenamtlich organisierter Veranstaltungen:

„Wenn ich hier noch nicht mal Unterstützung für eine ehrenamtliche Tätigkeit aus der Stadt heraus bekomme, die ja alles potenziell vorliegen haben [...] dann ist es natürlich auch äußerst schwierig.“

(Person 21)

Was lässt sich daraus ableiten?

Entlastung kann bereits bei vergleichsweise kleinen Hürden ansetzen. Für wiederkehrende Anforderungen bei Veranstaltungen könnten vorhandene Informationen, Vorlagen und Ansprechpartner gebündelt zur Verfügung gestellt werden, etwa zu Genehmigungen, Sicherheitsanforderungen oder notwendigen Konzepten. Kleine Fördermöglichkeiten sollten möglichst mit einem Aufwand verbunden sein, der zur Höhe der Förderung passt. Auch bundesweite Untersuchungen zur kommunalen Engagementförderung verweisen auf die Bedeutung gut zugänglicher Beratung, Unterstützung bei Förderanträgen und Weiterbildungsmöglichkeiten.⁴⁶

Daneben sollte Verantwortung stärker teilbar werden. Statt ausschließlich Personen für vollständige Ämter oder langfristige Funktionen zu suchen, können klar abgegrenzte Aufgaben, Tandemlösungen und schrittweise Übergaben den Einstieg und die Nachfolge erleichtern. Gerade dort, wo Angebote stark an Einzelpersonen hängen, ist die Weitergabe von Wissen ebenso wichtig wie die Gewinnung neuer Engagierter.

Nicht jede Unterstützungsleistung muss vor Ort neu aufgebaut werden. Die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE) bietet gemeinnützigen Organisationen kostenfreie Beratung unter anderem zu Fördermitteln, rechtlichen Fragen, IT und Versicherung sowie weitere Bildungs- und Unterstützungsangebote.⁴⁷ Solche bestehenden Hilfen sollten in Spremberg/Grodtk regelmäßig über unterschiedliche Wege bekannt gemacht werden, etwa über kommunale Ansprechpartner, Vereinskontakte, Ortsvorsteher und bestehende Netzwerke. Entscheidend ist, dass die Information nicht nur einmal veröffentlicht wird, sondern diejenigen erreicht, die bei konkreten Fragen tatsächlich Unterstützung benötigen.

Der Ansatzpunkt lautet damit: Engagement nicht allein einfordern oder würdigen, sondern die Bedingungen so gestalten, dass freiwillige Verantwortung praktisch leistbar bleibt.

6.5 Zukunft konkret, nachvollziehbar und gemeinsam gestalten

In den Interviews fehlt es nicht grundsätzlich an Vorstellungen darüber, wie sich Spremberg/Grodtk entwickeln könnte. Diese unterscheiden sich jedoch deutlich: Wirtschaftliche Perspektiven, Arbeitsplätze und neue Industrie stehen neben dem Wunsch, Natur, Lebensqualität und vertraute Strukturen zu erhalten. Gerade am möglichen Kupferabbau wird sichtbar, dass unterschiedliche Zukunftsvorstellungen nicht einfach aufgelöst werden können, sondern nachvollziehbar gegeneinander abgewogen werden müssen.

⁴⁶ Vgl. Kribbel/Richter 2024, S. 42, 45, 50–51.

⁴⁷ Vgl. Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt o.J.

Gleichzeitig werden viele einzelne Projekte und Entwicklungen bislang nicht als gemeinsame Richtung wahrgenommen. Ein wiederkehrender Wunsch ist deshalb eine stärkere strategische Klammer:

„Wir brauchen wirklich einen roten Faden [...] und müssen wissen: Was wollen wir in fünf Jahren, was wollen wir in sieben Jahren, was wollen wir in zehn Jahren erreicht haben?“
(Person 7)

Damit ist nicht zwingend ein weiteres umfangreiches Leitbild gemeint. Entscheidend ist vielmehr, dass nachvollziehbar wird, wohin sich Spremberg/Grodtk entwickeln möchte und wie einzelne Vorhaben dazu beitragen.

Was lässt sich daraus ableiten?

Vorhandene Strategien, Strukturwandelprojekte und kommunale Vorhaben sollten stärker unter wenigen verständlichen Entwicklungszielen zusammengeführt und nach innen vermittelt werden. Dabei sollte sichtbar werden: Was soll sich für die Menschen vor Ort konkret verbessern? Was wurde bereits erreicht? Was befindet sich noch in Planung und wo bestehen Zielkonflikte?

Gerade beim Strukturwandel reicht eine wirtschaftliche Erfolgserzählung allein nicht aus. Neue Arbeitsplätze und Investitionen sind wichtig, zugleich zeigen die Interviews die Bedeutung von Alltagsversorgung, Landschaft, Begegnungsmöglichkeiten, Anerkennung bisheriger Lebensleistungen und der Frage, wer von Veränderungen profitiert oder Belastungen trägt. Auch Untersuchungen zum Strukturwandel in den Braunkohleregionen verweisen auf die Bedeutung von Verteilungs- und Verfahrensgerechtigkeit sowie der Anerkennung bisheriger Lebensleistungen.⁴⁸

Eine gemeinsame Zukunftsperspektive bedeutet dabei nicht, dass alle dieselbe Vorstellung teilen müssen. Auch widersprüchliche Interessen sollten sichtbar bleiben und transparent ausgehandelt werden. Glaubwürdigkeit entsteht eher durch nachvollziehbare Entscheidungen und konkrete Verbesserungen als durch eine möglichst widerspruchsfreie Erzählung.

Der Ansatzpunkt lautet damit: Zukunft nicht nur ankündigen, sondern als nachvollziehbare Richtung mit sichtbaren Schritten und konkretem Nutzen für Spremberg/Grodtk erfahrbar machen.

7. Was lässt sich für Spremberg/Grodtk festhalten?

Die Sozialraumanalyse zeichnet insgesamt kein Bild einer Stadt, der es grundsätzlich an Lebensqualität, Gemeinschaft oder Engagement fehlt. Viele Befragte beschreiben

⁴⁸ Vgl. Stobbe/Tullius/Uhlig 2025, S. 7–13.

Spremberg/Grodtk zunächst als vertrauten und lebenswerten Ort. Geschätzt werden insbesondere die Überschaubarkeit, die Nähe zu Natur und Landschaft, gewachsene soziale Beziehungen und die Verbindung von Kernstadt und ländlich geprägten Ortsteilen. Kritik setzt häufig nicht an einer grundsätzlichen Ablehnung des Ortes an, sondern an dem Wunsch, vorhandene Qualitäten zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Gleichzeitig zeigen sich konkrete Lücken und Unterschiede darin, wie gut Menschen vorhandene Möglichkeiten tatsächlich nutzen können. Angebote, Versorgung, Begegnungsorte oder Beteiligungsmöglichkeiten sind nicht für alle gleichermaßen erreichbar, bekannt oder passend. Alter, Mobilität, Wohnort, Lebensphase und persönliche Netzwerke beeinflussen, was im Alltag zugänglich ist. Ein wiederkehrender Befund lautet deshalb: Vorhandensein ist nicht dasselbe wie Zugang.

Dies gilt auch für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Spremberg/Grodtk verfügt über viele tragfähige soziale Beziehungen, Vereine, Feuerwehren, Nachbarschaften, Einrichtungen und engagierte Einzelpersonen. Zugehörigkeit entsteht besonders dort, wo Menschen regelmäßig miteinander in Kontakt kommen und gemeinsam etwas tun. Persönliche Beziehungen sind dabei eine große Ressource, können aber zugleich zur Zugangsschwelle werden, wenn Informationen, Unterstützung oder Beteiligung stark davon abhängen, bereits die richtigen Personen zu kennen. Viele funktionierende Gemeinschaften ergeben deshalb nicht automatisch eine gut verbundene Stadtgesellschaft. Entscheidend sind auch die Brücken zwischen unterschiedlichen Kreisen.

Zwischen Kernstadt und Ortsteilen zeigen sich dabei unterschiedliche Bedingungen, ohne dass sich daraus eine einfache Hierarchie ableiten lässt. Gerade in den Ortsteilen bestehen teilweise dichte Gemeinschaften und erhebliche Eigeninitiative. Damit gehen jedoch auch Erwartungen an wenige besonders aktive Personen und eine starke Abhängigkeit von funktionierenden ehrenamtlichen Strukturen einher. Wo Ortsvorsteher und Ortsbeiräte als Vermittler zwischen Bevölkerung und Stadt auftreten sollen, benötigen sie verlässliche Informationen, erreichbare Ansprechpartner und institutionellen Rückhalt.

Auch bei kommunaler Kommunikation und Beteiligung liegt die Herausforderung weniger in einem grundsätzlichen Fehlen von Angeboten. Informationen verteilen sich auf verschiedene Kanäle und soziale Kreise, Beteiligungsformate sind formal offen, erreichen aber nicht automatisch unterschiedliche Bevölkerungsgruppen. Vertrauen entsteht dort, wo Menschen von einem Thema erfahren, Entscheidungen nachvollziehen können, erreichbare Ansprechpartner finden und erkennen, was aus ihren Anliegen geworden ist. Formale Offenheit allein gewährleistet daher noch keine tatsächliche Teilhabe.

Die zweite Ausgangsfrage der Sozialraumanalyse lässt sich nur qualitativ beantworten. Aufgrund der engagementnahen Stichprobe kann nicht bestimmt werden, wie groß der

Anteil engagementbereiter Menschen in der Bevölkerung insgesamt ist. Das Material spricht jedoch nicht für einen generellen Mangel an Bereitschaft. Besonders für konkrete und zeitlich überschaubare Aufgaben lassen sich Menschen gewinnen. Deutlich schwieriger ist die dauerhafte Übernahme von Organisation, Ämtern und Verantwortung. Ob vorhandenes Engagementpotenzial tatsächlich wirksam wird, hängt deshalb stark von den Bedingungen ab: Persönliche Ansprache, konkrete Aufgaben, Anerkennung und sichtbare Wirksamkeit erleichtern das Mitmachen; Zeitmangel, bürokratischer Aufwand, fehlende Rückkopplung und die Konzentration von Verantwortung auf wenige Personen erschweren es. Die Herausforderung besteht weniger darin, Menschen allgemein zu „mehr Engagement“ zu bewegen, als unterschiedliche Formen der Beteiligung zu ermöglichen und freiwillige Verantwortung langfristig leistbar zu machen.

Auch gesellschaftliche Konflikte werden innerhalb Sprembergs/Grodks unterschiedlich erlebt. Während manche Befragte ihren Alltag weitgehend unbelastet wahrnehmen, berichten andere von Abwertungen, rechtsextremen Erscheinungsformen, Einschüchterungen oder davon, öffentliche Positionierungen abzuwägen. Diese Erfahrungen schließen einander nicht aus. Weniger sichtbare Formen von Abwertung oder Einschüchterung können für Menschen, die nicht unmittelbar betroffen oder öffentlich positioniert sind, im Alltag kaum wahrnehmbar bleiben. Zugleich kann das bewusste Ausklammern politischer Differenzen persönliche Beziehungen und praktische Zusammenarbeit stabilisieren. Seine Grenze erreicht dieser pragmatische Umgang dort, wo Schweigen oder Rückzug dazu führen, dass einzelne Menschen die sozialen Kosten einer öffentlichen Positionierung allein tragen. Gesellschaftlicher Zusammenhalt bedeutet daher nicht, Konflikte möglichst unsichtbar zu halten, sondern sie austragen zu können, ohne dass Zugehörigkeit, Sicherheit oder Beteiligung davon abhängen, zu schweigen.

Eine weitere zentrale Herausforderung liegt im Umgang mit Veränderung. Der Strukturwandel wird nicht nur als wirtschaftliche Frage wahrgenommen. Arbeitsplätze und Investitionen sind wichtig, zugleich verbinden die Befragten Zukunft mit Lebensqualität, Landschaft, Versorgung, Anerkennung bisheriger Lebensleistungen und der Frage, wer von Veränderungen profitiert oder Belastungen trägt. Unterschiedliche Zukunftsvorstellungen müssen dabei nicht zu einer einheitlichen Erzählung verschmolzen werden. Wichtiger ist eine nachvollziehbare Richtung, in der sichtbar wird, welche Verbesserungen angestrebt werden, welche Schritte bereits erfolgt sind und wie unterschiedliche Interessen gegeneinander abgewogen werden.

Aus den Befunden ergibt sich deshalb kein Bedarf nach einer Vielzahl neuer Programme. Viele Ansatzpunkte liegen näher: vorhandene Angebote besser auffindbar machen, Informationen aktiver zu den Menschen bringen, öffentliche und gemeinschaftliche Räume durch wiederkehrende Nutzungsanlässe stärken, Beteiligung näher an bestehende Lebenswelten bringen, Ortsteile verlässlich einbinden und Engagierte bei

organisatorischen Anforderungen entlasten. Vieles davon kann an vorhandenen Einrichtungen, Netzwerken und Ressourcen ansetzen.

Über die einzelnen Themen hinweg zeigt sich damit eine gemeinsame Linie: Spremberg/Grodtk verfügt über zahlreiche Ressourcen und über Menschen, die sich mit der Stadt verbunden fühlen und sie mitgestalten wollen. Entscheidend ist jedoch, wer Zugang zu diesen Ressourcen findet, wie gut unterschiedliche Strukturen miteinander verbunden sind und ob Mitwirkung als verständlich, erreichbar und wirksam erlebt wird. Die weitere Entwicklung der Stadt muss daher nicht bei null beginnen. Sie kann an vorhandenen Stärken ansetzen – indem Zugänge geöffnet, Verantwortung breiter getragen und Veränderungen so gestaltet werden, dass sie für unterschiedliche Teile der Stadtgesellschaft nachvollziehbar und mitgestaltbar werden.

Literaturverzeichnis

Becker, Carlos; Bohn, Irina; Brenn, Markus; Michaelis, Sandra; Saßmannshausen, Jan; Waibel, Max (2021): *Rechte Einflussnahmen und Übergriffe auf die demokratische Zivilgesellschaft. Phänomene, Bedarfe und Reaktionen. Berichtszeitraum 01.01.2021–31.12.2021*. Frankfurt am Main: Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.

Bertelsmann Stiftung (2026): Sozialbericht Spremberg. Wegweiser Kommune. Datenstand 2023, Abrufdatum 04.03.2026.

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (Hrsg.) (2016): *Freiraum-Fibel. Wissenswertes über die selbstgemachte Stadt*. Bonn.

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) (2025): *Partizipation von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen an Innenstadtentwicklung. Erfahrungsbericht*. Berlin.

Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE) (o. J.): *Beratung*. Online-Angebot, abgerufen am 11.08.2026.

Deutscher Bundestag (2024): *Vierter Engagementbericht. Zugangschancen zum freiwilligen Engagement und Stellungnahme der Bundesregierung*. Bundestagsdrucksache 20/14120. Berlin.

Fritzsche, Anne; Leven, Ingo; Rysina, Anna; Schneekloth, Ulrich; Wolfert, Sabine (2025): *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Zentrale Ergebnisse des Sechsten Deutschen Freiwilligensurveys (FWS 2024)*. Berlin: Staatsministerin für Sport und Ehrenamt im Bundeskanzleramt.

Fugmann, Friederike; Karow-Kluge, Daniela; Selle, Klaus; Kuder, Thomas (2017): *Öffentliche Räume in stadtgesellschaftlich vielfältigen Quartieren. Nutzung,*

Wahrnehmung und Bedeutung. vhw-Schriftenreihe Nr. 7. Berlin: vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V.

Go Vocal (2026): Bericht zur Online-Beteiligungsplattform. Auswertung für die Stadt Spremberg/Grodtk, Zeitraum 19.02.2025–09.03.2026. Zusammengestellt von Jelena Gregorius.

HateAid; Koch, Luise; Voggenreiter, Angelina; Steinert, Janina I. (2025): *Angegriffen & alleingelassen. Wie sich digitale Gewalt auf politisches Engagement auswirkt. Ein Lagebild.* Berlin: HateAid gGmbH.

Helfferrich, Cornelia (2022): „Leitfaden- und Experteninterviews“. In: Baur, Nina; Blasius, Jörg (Hrsg.): *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung.* 3., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden: Springer VS, S. 875–892.

Hergert, Jane; Schnell, Tatjana (2026): *Abschlussbericht zum Projekt „Sinn im Ehrenamt“.* Forschungsbericht, gefördert durch die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt.

Höcke, Christian (2021): „Lokale Demokratie in Kleinstädten. Potenziale und Ausgangsbedingungen für bürgerschaftliche Teilhabe in der Kleinstadtentwicklung“. In: *Forum Wohnen und Stadtentwicklung*, Heft 6/2021, S. 324–328.

Huttenloher, Christian; Wulf, Caro Antonia (2026): „Vom Treffpunkt zum Transformationsmotor: Dritte Orte für lebenswerte Quartiere“. In: *Forum Wohnen und Stadtentwicklung*, Heft 1/2026, S. 7–10.

Jacobsen, Heike; Knuth, Matthias; Pflücke, Virginia Kimey (2023): „Der Arbeitsmarkt der Lausitz vor dem Kohleausstieg“. In: *WSI-Mitteilungen*, 76. Jg., Heft 4/2023, S. 243–251. DOI: 10.5771/0342-300X-2023-4-243.

Jarren, Otfried; Jandura, Olaf; Meyer, Gregor; Borgstedt, Silke; Resch, Jochen; Neuberger, Christoph; Hallenberg, Bernd (2026): *Local Open Public Space – Kommunikationsinfrastrukturen für die lokale Demokratie.* vhw-Schriftenreihe Nr. 53. Berlin: vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V.

Kassenärztliche Vereinigung Brandenburg (KVBB) (2026): „Zulassungsförderungen“. In: *KVintern*, Ausgabe 07/2026, S. 34.

Kribbel, Hanna; Richter, Ralph (2024): *Kommunale Engagementförderung. Eine bundesweite Untersuchung kommunaler Unterstützungsstrukturen für Engagement und Ehrenamt.* Neustrelitz: Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt.

Kuckartz, Udo; Rädiker, Stefan (2022): *Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung.* 5., überarbeitete Auflage. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.

Küpper, Patrick; Mettenberger, Tobias (2020): „Regionale Anpassungsstrategien der Daseinsvorsorge für schrumpfende ländliche Räume“. In: *Europa Regional*, 26. Jg., Heft 3, S. 22–39.

Lobeck, Michael; Wiegandt, Claus-C. (2023): *Wege der Kommunikation zwischen Kommunen und ihren Bürgerinnen und Bürgern*. vhw-Schriftenreihe Nr. 43. Berlin: vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V.

Markwardt, Gunther; Rettig, Julia; Schnellenbach, Jan; Titze, Mirko; Zundel, Stefan (2023): *Im Osten was Neues? Strukturwandel in der Lausitz – eine Zwischenbilanz. Statusbericht*. Studie im Auftrag der Staatskanzlei des Landes Brandenburg. Cottbus: Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg.

Mokros, Nico; Zick, Andreas (2025): „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in der Mitte“. In: Zick, Andreas; Küpper, Beate; Mokros, Nico; Eden, Marco (Hrsg.): *Die angespannte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2024/25*. Bonn: Verlag J. H. W. Dietz Nachf., S. 125–156.

Pollermann, Kim; Fengler, Birgit; Fynn, Lynn-Livia; Peter, Heike (2020): „Projekte zur Mobilität in ländlichen Räumen – eine Analyse zu Förderansätzen in unterschiedlichen Handlungsfeldern“. In: Herget, Melanie; Neumeier, Stefan; Osigus, Torsten (Hrsg.): *Mobilität – Erreichbarkeit – Ländliche Räume ... und die Frage nach der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse*. Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut, S. 95–99.

Przyborski, Aglaja; Wohlrab-Sahr, Monika (2022): „Forschungsdesigns für die qualitative Sozialforschung“. In: Baur, Nina; Blasius, Jörg (Hrsg.): *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. 3., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden: Springer VS, S. 123–142.

Ritzi, Claudia; Kaßner, Jan (2019): *Evaluationsleitfaden für Beteiligungsverfahren*. vhw-Schriftenreihe Nr. 11. Berlin: vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V.

Schiemann, Sara; Rühmling, Melanie; Klärner, Andreas (2022): „Die Dorfgemeinschaft – (In)Begriff sozialer Nähe und gesellschaftlichen Zusammenhalts?“ In: *Ländlicher Raum*, 73. Jg., Heft 2/2022, S. 25–29.

Schobin, Janosch; Arriagada, Céline; Gibson-Kunze, Martin (2024): *Einsamkeitsbarometer 2024. Langzeitentwicklung von Einsamkeit in Deutschland*. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Schubert, Peter; Kuhn, David; Tahmaz, Birthe (2023): *Der ZiviZ-Survey 2023: Zivilgesellschaftliche Organisationen im Wandel – Gestaltungspotenziale erkennen. Resilienz und Vielfalt stärken*. Berlin: ZiviZ im Stifterverband.

Stadt Spremberg/Grodtk (2025): *Jahresbericht 2025*. Spremberg/Grodtk.

Stobbe, Mandy; Tullius, Knut; Uhlig, Mary (2025): *Zum gesellschaftlichen Zusammenhalt im regionalen Strukturwandel – Ko-Orientierungen und Ko-Interaktionen im Braunkohleausstieg*. FGZ Working Paper Nr. 10. Leipzig: Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt.

Teichler, Nils; Gerlitz, Jean-Yves; Cornesse, Carina; Dilger, Clara; Groh-Samberg, Olaf; Lengfeld, Holger; Nissen, Eric; Reinecke, Jost; Skolarski, Stephan; Traunmüller, Richard; Verneuer-Emre, Lena M. (2023): *Entkoppelte Lebenswelten? Soziale Beziehungen und gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland. Erster Zusammenhaltsbericht des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt*. Bremen: Universität Bremen. DOI: 10.26092/ELIB/2517.

Teichler, Nils; Dilger, Clara (2025): „Einstellungen zum Klimawandel und zur sozial-ökologischen Transformation in Deutschland“. In: Teichler, Nils; Groh-Samberg, Olaf; Gerlitz, Jean-Yves (Hrsg.): *(Un)mögliche Transformation? Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Einstellungen zum Klimawandel in Deutschland. Zweiter Zusammenhaltsbericht des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ)*. Leipzig: Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt, S. 26–33. DOI: 10.82162/xdsm-sv32.

Traunmüller, Richard (2026): *Meinungsfreiheit in Deutschland: Subjektives Empfinden und tatsächliche Erfahrungen*. Wie tickt Deutschland? Zahlen, Fakten und Analysen aus dem German Internet Panel, Nr. 3/2026. Mannheim: Universität Mannheim / German Internet Panel.

vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. (Hrsg.) (2022): *Begegnung schaffen. Strategien und Handlungsansätze in der sozialen Quartiersentwicklung*. vhw-Schriftenreihe Nr. 33. Berlin.